

# Was bleibt – .. und was sich ändert

Wahlprogramm 1998

Niedersachsens Weg in das neue Jahrhundert

Es geht auch menschlich

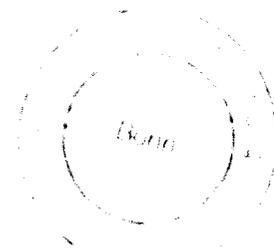
**SPD**

C 98 - 00641



# Was bleibt – .. und was sich ändert

Wahlprogramm 1998



C 98 - 00641

# Inhaltsverzeichnis

	<b>Seite</b>
1. „ <b>Der Niedersächsische Weg</b> “	5
Wir setzen auf Dialog	5
Niedersachsen ist keine Insel	6
Wir legen die Karten auf den Tisch	6
Wir setzen auf Modernisierung	7
2. Frauen <b>politik</b> – <b>Von</b> einer Verpflichtung <b>zum</b> Selbstverständnis	8
Frauenbeauftragte auf allen Ebenen	8
3. <b>Moderne</b> Wirtschaftspolitik	9
Wir haben Beschäftigung gesichert	9
Spitzentechnologien fürs 21. Jahrhundert	10
Förderung von kleinen und mittleren Betrieben	11
Modernes Verkehrssystem	11
Umweltschutz schafft Arbeitsplätze	12
4. Bildung <b>und</b> Wissen: Die <b>Grundlagen</b> der <b>Zukunft</b>	13
Unterricht sichern – Schule der Zukunft	13
Bildungsausgaben sind gestiegen	14
Kleine Klassen und Arbeitszeitkonten	15
15.000 junge Lehrerinnen und Lehrer ab 1998	15
Pädagogische Reformen fortsetzen	15
Wir bringen Schulen ans Netz	16
Erwachsenenbildung in Niedersachsen	16
Hochschulpolitik ist Zukunftssicherung	16
Hochschulen sind Zukunftswerkstätten	17
Forschung mit Schlüsseltechnologien	17
Neue Studienplätze	17
BAföG-Reform	18
Selbstverantwortung der Hochschulen stärken	18
Mehr Kooperation zwischen Hochschulen	19
Berufsbildungsoffensive für Niedersachsen	19
Duales Ausbildungssystem weiterentwickeln	20
Maßnahmen für Ausbildungsplätze von Jugendlichen	20
Zukunftsorientierte Politik für Kinder und Jugendliche	21
Tageseinrichtungen für Kinder	21
5. Arbeitsmarkt- und <b>Beschäftigungspolitik</b>	22
Soziale Betriebe – ein erfolgreiches Modell	22
Arbeit für Frauen	23
Aktive Arbeitsmarktpolitik	23
6. <b>Umweltschutz</b> , Beschäftigung und <b>Innovation</b>	25
Umweltschutz schafft Arbeitsplätze	25
Ausstieg aus der Atomenergie	26
Gesundheit und Verbraucherschutz	26
Natur- und Landschaftsschutz	27
Agenda 21 und nachhaltige Entwicklung	27
7. <b>Wieviel</b> Staat braucht der Mensch?	28
Öffentlicher Dienst mit Servicecharakter	28
Schlankheitskur für Ministerien	28
Schnellere Genehmigungsverfahren	29



	<b>Seite</b>
8. Sicheres <b>Niedersachsen</b>	30
Sicherheitskonferenzen in den Kommunen	31
Motivierte und leistungsfähige Polizei	31
Organisierte Kriminalität bekämpfen	32
Bekämpfung des erstarkten Rechtsextremismus	33
Kinder und Jugendliche vor Gewalt schützen	33
Hilfe für mißhandelte Frauen	34
Täter-Opfer-Ausgleich	35
9. Politik <b>mit</b> den Menschen <b>machen</b>	36
Familienfreundliches Niedersachsen	36
Mädchenprojekte fördern	37
Solidarsysteme sichern	37
Vorrang für Rehabilitation	38
Pflege in Niedersachsen	38
Ausbildung in der Altenpflege geregelt	39
Politik für ältere Bürger und Bürgerinnen	39
Bauen und Wohnen	39
Wohlfahrtsverbände – Partner der Politik	40
Reform der Sozialverwaltung	40
Neue Wege in der Behindertenpolitik	41
Sucht- und Drogenpolitik: Hilfe vor Strafe	41
Zukunft der Krankenhausversorgung	41
Psychiatriereform vorangebracht	42
Selbsthilfe stärken	42
Kunst und Kultur sind für alle da	42
Sport in Niedersachsen	43
10. Niedersachsen <b>in Europa</b> und der Welt	44
Erweiterung der Europäischen Union	44
Europa der Regionen	45
Entwicklungszusammenarbeit	45
11. Nieders <b>sachsen: seine Menschen</b> und seine Regionen	46
Die EXPO kommt	46
Ländlicher Raum: Entwicklungschancen nutzen	47
Leistungsfähige Landwirtschaft	47
Informierte Verbraucher bestimmen Produktqualität	48
Tourismus in Niedersachsen	48
Faire Partnerschaft zwischen Kommunen und Land	49
Regionale Zusammenarbeit bringt Standortvorteile	50
Perspektiven für die Küste	50
Deichbau schafft Sicherheit	50
12. Nur Reformpolitik <b>sichert solide</b> Finanzen	51
Einbrüche bei Steuereinnahmen	51
Steuerrecht reformieren	52
Konsequente Sparpolitik	52
Politik muß machbar und finanzierbar sein	53



# 1.

## „Der Niedersächsische Weg“

Die Niedersachsenwahl 1998 ist für unser Land eine Weichenstellung auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Acht Jahre lang hat die SPD in Niedersachsen mit Ministerpräsident Gerhard Schröder erfolgreich Landespolitik gestaltet. Acht Jahre haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hart dafür gearbeitet, Niedersachsen ökonomisch, ökologisch, sozial und kulturell weiterzuentwickeln.

Wir sind stolz darauf, daß wir Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur deutschen Vereinigung geleistet haben. Vier Jahre lang haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten allein die Verantwortung dafür getragen, daß wir unter schwierigsten Bedingungen den von Ministerpräsident Gerhard Schröder in der Regierungserklärung 1994 vorgegebenen Kurs halten konnten.

### **Wir** setzen auf **Dialog**

Wir haben im kritisch-konstruktiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, mit Vereinen und Verbänden, mit der Kommunalpolitik in Gemeinden, Städten und Landkreisen und vor allem mit den vielen Ehrenamtlichen in unserem Lande immer wieder um die richtige Entscheidung gerungen. Das war nicht immer leicht. Wir haben nicht selten Entscheidungen gegen Interessengruppen durchsetzen müssen, um der Verantwortung für das Ganze gerecht zu werden. Wir danken denen, die uns auf unserem Kurs der Vernunft mit sachverständiger Kritik, Vorschlägen und Verständnis begleitet und unterstützt haben.

Wir werden unseren Weg fortsetzen. Wir stellen fest: Eine ganz große Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, Ökologie, Ökonomie und Beschäftigung für die Menschen in Einklang zu bringen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen unsere vorrangige Aufgabe darin, wirtschaftliches Wachstum, das auf Qualität und Nachhaltigkeit ausgerichtet ist, wieder in ein Wachstum der Beschäftigung, in neue Arbeitsplätze umzusetzen. Am Leitbild eines ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft halten wir dabei fest.

Kein Zweifel: die Wählerinnen und Wähler entscheiden am Wahltag über die Bilanz von acht Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung unter Gerhard Schröder. Zugleich stellen sie mit ihrer Wahl die Weichen dafür, daß die SPD-geführte Regierung in Niedersachsen ihren erfolgreichen „niedersächsischen Weg“ ins 21. Jahrhundert fortsetzen kann.

# 1. „Der Niedersächsische Weg“

Selten zuvor haben sich die ökonomischen und finanziellen Rahmenbedingungen für Politik in derart kurzer Zeit so dramatisch verändert wie seit 1994. Alle öffentlichen Haushalte – die des Bundes, der Länder und der Kommunen – stehen unter extrem hohem Druck. Arbeitslosigkeit und Konjunkturschwäche gehen einher mit sinkenden Steuereinnahmen und höheren Staatsausgaben.

Niedersachsen **ist keine** Insel

Niedersachsen ist keine Insel. Unser Land kann sich nicht von nationalen oder gar internationalen Entwicklungen abkoppeln. „Standort Deutschland, Globalisierung, Europäische Währungsunion“ sind nur drei Stichworte, die für eine rasante Entwicklung zur Internationalisierung großer Teile der Politik stehen.

Jeder Vergleich hinkt. Aber der „Niedersächsische Weg“ hat über die Landesgrenzen hinweg viel Beachtung gefunden. Sicher war es nicht die Politik von Ministerpräsident Gerhard Schröder und der SPD allein; aber die gemeinsamen Anstrengungen im Dialog mit wichtigen gesellschaftspolitischen Partnern haben positive Zeichen gesetzt.

Wir sind stolz darauf, daß wir mit unserer Politik seit 1990 jährlich rund 80.000 Menschen in Niedersachsen aufnehmen konnten. 7,8 Millionen Menschen leben jetzt in Niedersachsen. Das sind 500.000 Bürgerinnen und Bürger mehr als noch zu Zeiten der letzten CDU-Regierung für die 90er Jahre geschätzt wurde. Für diese Menschen mußten Land und Kommunen zusätzliche Wohnungen, zusätzliche Lehrkräfte, zusätzliche Kindergärten, zusätzliche Ausbildungsplätze und zusätzliche Arbeitsplätze bereitstellen.

Die vergangenen vier Jahre waren keine ruhige Regierungszeit. Die Regierung Gerhard Schröder hat konsequent und kompetent dafür gearbeitet, daß die niedersächsische Politik 1998 auf einem soliden Fundament steht. Mit dem Doppelhaushalt 1997/98 und der mittelfristigen Finanzplanung bis ins Jahr 2000 hat die SPD die Weichen für eine gute Zukunft gestellt.

Wir **legen** die Karten **auf den Tisch**

Klar und unmißverständlich haben Gerhard Schröder und die niedersächsische SPD erklärt, daß vor der Wahl die Karten auf den Tisch gehören. Wohlfeile Wahlgeschenke gibt es nicht und sind nicht finanzierbar. Wohl aber versprechen wir, daß wir bereit sind, zum Wohl der Menschen in diesem Lande weiter zu arbeiten und Verantwortung zu übernehmen.

Die Opposition hat ihre Chance verpaßt, sich im Landtag und im Land als ernstzunehmende Alternative zu profilieren. Gleichzeitig trägt die niedersächsische CDU ein großes Maß an Mitverantwortung für die gescheiterte Regierungspolitik in Bonn. In Niedersachsen hat sich die größere Oppositionspartei seit 1994 strikt geweigert, im Landtag einen einzigen solide durchfinanzierten Haushaltsänderungsantrag vorzulegen. So bleibt die Opposition auch in ihrem achten Jahr jedes nachprüfbar Konzept schuldig, wie sie ihre Milliardenversprechen – allein für Schule, Kommunen und ländlichen Raum 2,3 Milliarden Mark – finanzieren will. Es gab in den letzten Jahren in Niedersachsen keine echte Alternative zur Politik der SPD-Regierung.

# 1. „Der Niedersächsische Weg“

Wir **setzen** auf Modernisierung

Wir wollen auf der Basis des in zwei Wahlperioden Erreichten den „Niedersächsischen Weg“ ins nächste Jahrhundert weiterentwickeln. Für diesen „Niedersächsischen Weg“ stehen die Modernisierung der Berufsausbildung und die Flexibilisierung des Berufsschulunterrichtes, die Modernisierung der Steuerverwaltung und die Verstärkung der Steuerfahndung und Betriebsprüfung auf 2000 Bedienstete, die Modernisierung der Beschäftigungspolitik und das Existenzgründungsprogramm für Frauen und nicht zuletzt die Modernisierung der Wirtschaftspolitik mit dem fortschrittlichen Tarifabschluß über die Vier-Tage-Woche bei VW. Die Bedingungen sind nicht einfacher geworden, aber wir werden uns von unserem Weg nicht abbringen lassen.

Noch regieren in Bonn CDU, CSU und FDP: Gerade deshalb hat es sich gelohnt, seit 1994 in Niedersachsen und aus Niedersachsen heraus der Bonner Regierung nach Kräften Paroli zu bieten. Nicht Opposition um jeden Preis, sondern klare Positionen und bessere Alternativen sind in diesen schwierigen Zeiten gefordert. Wir haben uns der Verantwortung in unserem Niedersachsen gestellt und im wohlverstandenen Landesinteresse und zum Wohl der Menschen in Niedersachsen die Politik in Bonn beeinflußt.

Gerade weil immer mehr Menschen die fatalen Folgen einer gescheiterten Regierungspolitik in Bonn zu tragen haben, ist es eine Chance, mit der Landtagswahl in Niedersachsen auch den Politik- und Machtwechsel in Bonn einzuleiten.

Das von uns vorgelegte Wahlprogramm und der erfolgreiche niedersächsische Weg der SPD beweisen: wir können regieren, und wir wollen weitermachen – mit der Unterstützung der Wähler und Wählerinnen in Niedersachsen!

# 2.

## Frauenpolitik

# Von einer Verpflichtung zum Selbstverständnis

Frauenpolitik mit dem Ziel der Chancengleichheit für weibliche Lebensplanung und Gleichstellung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist für die SPD in Niedersachsen eine Verpflichtung, die wir kontinuierlich in unserer tatsächlichen Politik leben und für die wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern werden.

Auch und gerade in Zeiten knapper Finanzen ist eine sozial gerechte Umverteilung von gesellschaftlicher Macht, Geld und Arbeit zwischen Frauen und Männern Ziel einer sozialdemokratischen Frauenpolitik. Einen Rückschritt in der Frauenpolitik wird es mit der SPD in Niedersachsen nicht geben.

Die SPD-Landesregierung hat die notwendigen gesetzlichen Regelungen getroffen, um Gleichstellung von Frau und Mann gesellschaftliche Selbstverständlichkeit werden zu lassen:

8

Frauenbeauftragte **auf allen** Ebenen

Die Änderungen in der Niedersächsischen Gemeindeordnung und der Landkreisordnung, das sogenannte „Frauenbeauftragtengesetz“, haben die Nagelprobe bestanden. Der Staatsgerichtshof in Bückeburg hat die Landesregierung in ihren Grundzügen bestätigt, daß auch auf kommunaler Ebene verpflichtend Frauenbeauftragte einzustellen sind. Die Funktion der Frauenbeauftragten ist mit Rechten, Kompetenzen, Mitwirkungs- und Einflußmöglichkeiten ausgestattet, die die Berücksichtigung der Belange von Frauen bei kommunalen Aufgaben sicherstellen.

Das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz (NGG) ist ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen. Durch dieses Gesetz werden Frauen überall dort gefördert, wo sie unterrepräsentiert sind, damit sie ihren Platz auf allen Ebenen der Verwaltungshierarchien einnehmen können. Die Frauenförderung in der Privatwirtschaft wird auch weiterhin ein wichtiges Anliegen sein und erfährt durch begleitende Maßnahmen die notwendige Unterstützung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns weiterhin für die konsequente Umsetzung der Gleichberechtigung einsetzen. Die Gleichstellung der Frauen in Politik und Gesellschaft ist für uns nicht nur eine grundgesetzliche Verpflichtung, sie entspricht vielmehr unserem Verständnis von Demokratie. In Niedersachsen heißt dies für uns auch: Ein starkes Frauenministerium.

Frauenpolitik wird von uns als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen begriffen. Aus diesem Grunde sind unsere frauenpolitischen Vorstellungen und Leistungen den einzelnen Themenfeldern zugeordnet und in den jeweiligen Abschnitten dieses Programmes ausformuliert.

# 3.

## Moderne Wirtschaftspolitik

Niedersachsen und seine Wirtschaft können sich wieder sehen lassen, denn Niedersachsens Wirtschaft holt im bundesweiten Vergleich deutlich auf. So stieg das reale Wachstum zwischen 1990 und 1996 in Niedersachsen um 15,1 Prozent, während der Bundesdurchschnitt bei 10,3 Prozent lag. Mit dieser Entwicklung teilt sich Niedersachsen gemeinsam mit Hessen die Spitzenposition unter den alten Bundesländern.

Andere Zahlen sprechen dieselbe Sprache. Mutige Frauen und Männer faßten sich ein Herz und gründeten neue Betriebe. Allein 1996 überwogen die Unternehmensneugründungen die ebenfalls vorhandenen Pleiten um 4000. Der Gründungssaldo lag um 9,6 Prozent höher als 1995. Damit übernahm Niedersachsen auch hier die Spitze und ist der Wirtschaftsplatz in Deutschland mit der stärksten Gründungsdynamik. Diese Zahlen beweisen: Niedersachsen ist ein attraktiver und konkurrenzfähiger Standort.

Doch trotz aller Beschäftigungsgewinne steigt die Zahl der Arbeitslosen weiter an. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt unsere größte politische Herausforderung. Zwar verläuft bei uns die Entwicklung weniger dramatisch als im Bundesgebiet, ein Trost für die Betroffenen ist das nicht.

Wir haben **Beschäftigung** gesichert

Unsere Bilanz nach acht Jahren Regierungsverantwortung ist eindeutig positiv. Auf die erfolgreichen Elemente unserer modernen Wirtschaftspolitik wollen wir uns auch in Zukunft stützen: Stabilisierung der Industriebeschäftigung – Unterstützung der Betriebe bei Umstrukturierungsprozessen – Förderung technologieorientierter Unternehmen, das war das Erfolgsgeheimnis niedersächsischer Wirtschaftspolitik, das wird die wirtschaftspolitische Grundlage für die Jahrtausendwende werden.

Wir haben in der Vergangenheit über 50.000 Arbeitsplätze durch eine offensive Bürgschaftspolitik gesichert und den Unternehmen oftmals erst die Chance zur Umstrukturierung ermöglicht. Wir nutzen die Instrumente und Interventionsmöglichkeiten des Staates.

Niedersachsens Wirtschaft steht weiterhin im Umbruch. Dem Abbau an Industriearbeitsplätzen steht eine bundesweit überdurchschnittliche Zunahme an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich gegenüber. Sie reicht allerdings nicht aus. Deshalb müssen und werden wir die Dynamik des Strukturwandels weiterhin nutzen und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Der Wirtschaftsstandort Niedersachsen steht und fällt mit seiner

### 3. Moderne Wirtschaftspolitik

Innovationsfähigkeit. Unsere Schwerpunkte setzen wir in der Informations- und Kommunikationswirtschaft, der Biotechnologie, der Mobilitätswirtschaft und der Solarwirtschaft. Dafür haben wir mit den Projekten BioRegioN, RegioOnline oder ContiTec die notwendigen Grundlagen geschaffen. Niedersachsen verfügt bei vielen Zukunftstechnologien über eine leistungsstarke und entwicklungs-fähige Infrastruktur.

Ein Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung liegt jetzt schon und in Zukunft im Multimedia-Bereich. Hier hat Niedersachsen bereits Zeichen gesetzt und wird sich künftig weiter engagieren. Mit einer niedersächsischen Medieninitiative werden wir die Kommunikationstechniken auch in der Fläche fördern. Unsere Initiative heißt Regio Online. Darüber hinaus fördern wir Multimedia-Innovationen in der Medizin, in der Arbeitswelt, an den Universitäten und bei der Verkehrlenkung. Niedersächsische Firmen entwickeln exportgerechte Verkehrsleitsysteme, die derzeit führend sind.

Ohne Spitzentechnologien wird in der Zukunft fortschrittliche Umweltpolitik, die immer auch die Altlasten der Vergangenheit beseitigen muß, undenkbar sein. Deshalb werden wir umweltbezogene Zukunftstechnologien gezielt über den niedersächsischen Öko-Fonds fördern.

10

#### Spitzentechnologien fürs 21. Jahrhundert

Wenn der Brückenschlag ins 21. Jahrhundert gelingen soll, müssen Forschungsergebnisse schneller in Produkte und Prozesse umgesetzt werden. Wir werden daher Unternehmens- und Existenzgründungen aus den Universitäten heraus anstoßen, damit sich Niedersachsen in der Wissens- und Informationsgesellschaft der Zukunft behaupten kann.

Wirtschaftspolitik in Niedersachsen kann sich dem allgemeinen Zwang zur Internationalisierung nicht entziehen. Darum nutzen wir gemeinsam mit Wirtschaft und Kommunen europäische Förderprogramme zur regionalen Wirtschaftsentwicklung, zur Arbeitsmarkt-, zur Technologie- oder Forschungspolitik. Durch die Ausrichtung international bedeutender Messen und der Weltausstellung EXPO 2000 bietet sich für die niedersächsischen Regionen die Chance einer größeren Anziehungskraft für innovative Produkte und vor allem Dienstleistungen, die bisher zu gering vertreten sind.

Neue Produkte, neue Angebote und neue Märkte schaffen, das bleibt die anspruchsvolle Aufgabe für Unternehmen. Diese innovative Kraft, verbunden mit neuen Arbeitsplätzen, wird besonders von jungen Unternehmen entwickelt. Wir wollen den Mut zur Selbständigkeit weiter unterstützen und noch verstärken. Wir wissen: Häufig scheitert eine entsprechende Initiative am Geld. Darum sagen wir: Wer sich mit einer pfiffigen Produktidee am Markt behaupten will, der muß Zugang zum nötigen Risikokapital erhalten. Deshalb haben wir eine Risikokapitalgesellschaft gegründet und mit 150 Millionen Mark (venture capital) ausgestattet.

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Niedersachsen ist klar, wir müssen das Arbeitsvolumen erhöhen, wenn alle Frauen und Männer, die es wünschen, einen Arbeitsplatz erhalten

sollen. Das Arbeitsvolumen hängt ab von unserer Fähigkeit, mit neuen Produkten und mit neuen Dienstleistungen auf den Weltmärkten und lokalen Märkten zu bestehen. Das Arbeitsvolumen hängt ab von unserer Fähigkeit, eine intelligente Wertschöpfung in den Bereichen Industrie und Dienstleistungen aufzubauen. Dafür benötigen wir moderne und für die Beschäftigten praktikabel organisierte Arbeitszeitmodelle, die ein hohes Maß an Flexibilität in den Betrieben und Verwaltungen ermöglichen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen gerecht werden. Wir setzen uns – soweit es von den Tarifparteien unterstützt wird – dafür ein, die vorhandene Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, Abbau von Überstunden und Modelle der Altersteilzeit gerechter zu verteilen.

## Förderung von **kleinen und mittleren** Betrieben

Neben unseren Anstrengungen in der Industriepolitik soll vor allem eine gezielte Mittelstandsförderung von kleinen und mittleren Betrieben, gerade auch im Handwerk, neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen. Zum Beispiel sollen in den Bereichen der Umwelt- und Energietechnik, den Kommunikationstechnologien und der Werkstoffverarbeitung betriebliche Netzwerke und Verbundlösungen weiter gefördert werden, mit denen innovativ auf die steigende Nachfrage nach ökologischen Produkten und Dienstleistungen reagiert werden kann.

Wichtige Reformvorstellungen haben wir in der vielbeachteten Vereinbarung zwischen Landesregierung und Handwerk entwickelt und weitgehend umgesetzt. Das Meister-Bafög und das gemeinsame Ziel, die Lohnnebenkosten zu senken, stehen dafür beispielhaft.

## Modernes **Verkehrssystem**

Durch eine umweltfreundliche Verkehrspolitik schaffen wir die Voraussetzungen dafür, daß unser Verkehrssystem nicht zum Engpaß der wirtschaftlichen Entwicklung wird und Niedersachsen seine wirtschaftlichen Chancen im zusammenwachsenden Europa wahrnehmen kann. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erfolgt auf der Grundlage unseres Verkehrswegeprogrammes Niedersachsen. Wir schließen die Lücken im Autobahnnetz und werden den Bau von Ortsumgehungen fortsetzen. Wir fördern weiterhin aktiv die Verwirklichung der vordringlichen Schienenprojekte. Hierzu gehören neben anderen die Schnellstrecke von Hannover über Wolfsburg nach Berlin, die ICE-Verbindungsstrecke zwischen Braunschweig und Wolfsburg, die Strecken Oldenburg-Osnabrück, Hildesheim-Goslar-Vienenburg, die Strecke Wilhelmshaven über Oldenburg und Uelzen nach Stendal oder der Neubau einer Schnellstrecke von Hamburg und Bremen nach Hannover. Durch diese Maßnahmen werden wir die Schieneninfrastruktur in Niedersachsen weiter verbessern, den schienengebundenen Personenverkehr attraktiver machen und Straßenverbindungen entlasten.

Ein Schwerpunkt unserer Verkehrspolitik ist der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in der Fläche wie in den städtischen Verdichtungsräumen. Wir werden die Attraktivität des ÖPNV weiter erhöhen. Im Raum Hannover bietet hierfür die EXPO 2000 die beste Chance. Wir nutzen die Weltausstellung für den Ausbau eines modernen, leistungsfähigen und kundenfreundlichen Personennahverkehrs. Die Region Hannover bekommt ein S-Bahnnetz, das Stadtbahnnetz wird erweitert.

### 3. Moderne Wirtschaftspolitik

Seit 1996 ist das Land für den Schienenpersonennahverkehr zuständig. Dafür haben wir die Landesnahverkehrsgesellschaft gegründet. Sie hat ein umfassendes Konzept zum Ausbau, zur Modernisierung und zum Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs in Niedersachsen entwickelt. Dieses Konzept werden wir umsetzen. So haben wir allein von 1992 bis 1996 dafür gesorgt, daß 130 Millionen Mark für die Neuanschaffung von Bussen bereitgestellt wurden. Und von 1994 bis 1996 flossen insgesamt 1,25 Milliarden Mark in die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in Niedersachsen.

Umweltschutz **schafft** Arbeitsplätze

Über 100.000 Menschen sind heute bei uns im Umweltschutz beschäftigt. Rund die Hälfte davon sind direkt oder indirekt mit der Erstellung von Umweltschutzgütern und -leistungen befaßt. Schwerpunkte liegen im Maschinenbau, in der Elektrotechnik, im Baugewerbe und immer stärker in umweltbezogenen Dienstleistungen. Wer angesichts dieser vielen neuen Jobs nun eine „Atempause“ im Umweltschutz fordert, denkt ökologisch und ökonomisch in die falsche Richtung und ist ökologisch gegenüber den kommenden Generationen verantwortungslos.

Aber es geht bei dem notwendigen Innovationsschub nicht mehr um die „klassischen“, meist nachsorgenden Umwelttechnologien. Wir brauchen in allen Branchen neue Produkte und hochproduktive Herstellungsverfahren. Und diese Technologien, Produkte und Verfahren müssen allesamt ein neues Merkmal aufweisen: Ein Höchstmaß an ökologischer Verträglichkeit.

# 4.

Bildung und Wissen

## Die Grundlagen der Zukunft

Bildung ist die Basis jeder Demokratie. Aber Bildung ist auch der Grundstein für die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik. Unser wirtschaftlicher Erfolg beruht auf dem Wissen und den Fähigkeiten der Beschäftigten. Wissen und Qualifikation sind das wichtigste Zukunftskapital unseres Landes. Ziel unserer Bildungspolitik sind Menschen, die selbständig denken und verantwortlich handeln können, die politische, soziale und technische Zusammenhänge durchschauen und die in der Lage sind, ein Leben lang zu lernen, um sich immer wieder auf die sich rasch wandelnden Anforderungen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft einzustellen. Darum sind Investitionen in die Bildung und Ausbildung der Menschen eine vorrangige Aufgabe von Staat und Unternehmen. Nur dadurch sichern wir den entscheidenden Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft.

Neben Qualität, Berufsorientierung und Sozialkompetenz haben vor allem im internationalen Vergleich die Faktoren Zeit und Verweildauer im Bildungssystem an Bedeutung gewonnen. Niedersachsen hat beim Einschulungsalter durch Modellversuche Zeichen gesetzt.

Doch wir kennen auch die Probleme derer, die von den negativen Folgen des rasanten Strukturwandels in Arbeit und Gesellschaft betroffen sind. Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – die hohen Anforderungen an die persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht oder nur teilweise erfüllen. Wir lassen nicht zu, daß diese Menschen auf der Strecke bleiben. Auch sie haben ein Recht auf Teilhabe in unserem demokratischen Gemeinwesen. Aufgabe des Bildungswesens ist es auch, für alle qualifizierte schulische und berufliche Bildungsabschlüsse sowie Weiterbildung zu ermöglichen, um damit die Voraussetzungen für eine dauerhafte und eigenverantwortlich gestaltete Berufstätigkeit zu schaffen. An diesen Ansprüchen haben sich Schulen und Universitäten ebenso wie Berufsbildung, Erwachsenenbildung und Weiterbildung zu orientieren.

Jungen Menschen Möglichkeiten zur Mitwirkung und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft zu geben, ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Mit dem Wahlalter 16 haben wir nur den ersten Schritt getan. Weitere Schritte, die in unseren jugendpolitischen Leitsätzen beschrieben sind, werden folgen.

Unterricht **sichern** – Schule der **Zukunft**

Investitionen in die schulische und berufliche Bildung und Qualifizierung unserer Kinder und Jugendlichen sind Investitionen in die Zukunft. Deshalb behält Bildungspolitik weiterhin Priorität in Niedersachsen. Auch wenn die Finanzen in den öffentlichen Kassen knapp sind, werden wir den Bildungs- und Erziehungsauftrag absichern – in den Schulen ebenso wie in Kindertagesstätten, in den Hochschulen wie in der Erwachsenenbildung.

## 4.

### Bildung und Wissen

Die SPD in Niedersachsen hat in der Regierungsverantwortung seit 1990 viel für eine zukunftsorientierte Schulausbildung in unserem Bundesland getan: Zwischen 1990 und 1997 wurden rund 9.200 junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Mit der Einführung der Lernmittelfreiheit haben wir für mehr Chancengleichheit im niedersächsischen Schulwesen gesorgt. Neben der flächendeckenden Versorgung mit Kindergärten durch die Einrichtung von 70.000 neuen Kindergartenplätzen haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür gesorgt, daß unsere Schulen modern und reformbereit auf neue Herausforderungen reagiert und sich verstärkt auf die gesellschaftlichen Veränderungen eingestellt haben.

Davon zeugen mehr als 230 neue Volle Halbtagschulen, 66 neue Ganztagschulen, 212 neue Integrationsklassen, 24 neue Gesamtschulen, die Überarbeitung und Reform überholter Unterrichtsinhalte und der Einsatz von neuen Technologien in Schule und Unterricht durch das Modernisierungsprojekt „Schulen ans Netz“.

Mit der Reform der Schulorganisation und der Schulverwaltung haben wir eine Offensive zu weniger Bürokratie und mehr Selbständigkeit an Niedersachsens Schulen gestartet, die bundesweit beispielhaft ist. Dadurch haben wir zusätzliche Ressourcen für mehr Unterricht gewonnen.

14

#### **Bildungsausgaben** sind gestiegen

Die niedersächsische SPD hat dafür gesorgt, daß der Anteil der Bildungsausgaben im Landeshaushalt absolut und prozentual deutlich gestiegen ist: Von 9,89 Milliarden Mark (31,48 Prozent der Landesausgaben) im Jahr 1990 stiegen die Ausgaben für Bildung auf 13,1 Milliarden Mark (32,88 Prozent) im Jahr 1997. Der Anteil der reinen „Schulsausgaben“ am Gesamthaushalt erhöhte sich seit 1990 von 4,92 Milliarden Mark (15,64 Prozent) auf 6,49 Milliarden Mark (16,27 Prozent) im Jahr 1997.

In den kommenden Jahren steht für uns die Sicherung von Unterricht bei steigenden Schülerzahlen im Vordergrund: Hierfür haben SPD-Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion nach einem intensiven Dialog mit Eltern, Schülern und Lehrern ein mittelfristiges Konzept („Konzept 2003“) zur Sicherung der Unterrichtsversorgung entwickelt, bei dem die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört auch die Entwicklung von Konzepten, die Rollenklischees abbauen, spezielle Unterrichtsangebote für Mädchen vorsehen und die Ergebnisse der Frauenerforschung mit einbeziehen.

Niedersachsen hat im Vergleich zu anderen Bundesländern im Durchschnitt die kleinsten Klassen. Kleine Klassen erleichtern den Unterricht, sie steigern die Qualität des Unterrichts und sind im Interesse von Schülerinnen und Schülern wie auch von Lehrerinnen und Lehrern. Die niedersächsische SPD lehnt deshalb eine Erhöhung der Obergrenzen für Klassenteilungen ab. Denn wir wissen: Die sozialen Probleme in den Schulen und Klassenzimmern haben zugenommen. Sprach- und Integrationsschwierigkeiten sind hinzugekommen

### **Kleine Klassen und Arbeitszeitkonten**

Wir können die kleinen Klassen trotz steigender Schülerzahlen aber nur beibehalten, weil wir für Lehrerinnen und Lehrer ein Lebensarbeitszeitkonto einrichten. Alle Lehrkräfte, die das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden ab dem Schuljahr 1998/99 bis zum Jahr 2003 zusätzlich zwei Unterrichtswochenstunden erbringen müssen, um die Erteilung von Unterricht auch bei wachsenden Schülerzahlen zu sichern. Dieses Zeitguthaben wird den Lehrerinnen und Lehrern rechtlich verbindlich mit dem Absinken der Schülerzahlen nach dem Jahr 2003 durch eine Verringerung der Unterrichtsverpflichtung wieder abgegolten.

Die SPD-Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion haben beschlossen, bereits im Jahr 1998 alle freiwerdenden Lehrerstellen im Teilzeitbeamtenverhältnis wiederzubesetzen. Dadurch werden zum 1. Februar 1998 und zum 1. September 1998 insgesamt rund 2000 junge Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst übernommen.

### 15.000 junge **Lehrerinnen und Lehrer** ab 1998

Auch in den Folgejahren wollen wir diese Einstellungspolitik konsequent fortsetzen. Durch die Einrichtung von Teilzeitstellen werden wir bis zum Jahr 2003 die Einstellung von mindestens 15.000 jungen Lehrerinnen und Lehrern garantieren. Weitere Teilzeitstellen stehen unter einem Finanzierungsvorbehalt. Die Einstellung von jungen Teilzeitlehrkräften bringt neue Ideen und frischen Wind in unsere Schulen. Das gibt den Absolventen von Lehramtsstudiengängen eine verlässliche Berufsperspektive.

Kurzfristiger Unterrichtsausfall ist ein Ärgernis für Schüler und Eltern. Darum haben wir neue Instrumente gegen den kurzfristigen Ausfall von Unterricht geschaffen. Jede Schule kann bei den Bezirksregierungen künftig Personalmittel und kurzfristig einsetzbare Vertretungskräfte abrufen, um wesentlich schneller, unbürokratischer und flexibler auf unvorhersehbare Unterrichtsausfälle etwa durch Erkrankungen zu reagieren. Grundsätzlich müssen für Kinder und Eltern stärker als bisher verlässliche Schulzeiten gewährt werden. Fortbildung von Lehrkräften soll in der Regel in der unterrichtsfreien Ferienzeit stattfinden. Darüber hinaus wird die LehrerInnenausbildung den veränderten Anforderungen der Schulwirklichkeit angepaßt.

Wir fördern und unterstützen die Solidarität innerhalb der Lehrerschaft: Mittel aus einem zusätzlichen kollektiven Gehaltsverzicht innerhalb eines Kollegiums werden in Zukunft in entsprechendem Umfang direkt für befristete Verträge zur Einstellung junger Lehrkräfte an den betreffenden Schulen eingesetzt.

### Pädagogische Reformen **fortsetzen**

Trotz der angespannten Finanzlage wird die niedersächsische SPD die Qualität schulischer Ausbildung in Niedersachsen sichern, die Lernmittelfreiheit beibehalten und die notwendigen pädagogischen Reformen behutsam fortsetzen.

Es wird ein Innovationspool für die Fortsetzung der Reformmaßnahmen im Bereich der Integrationsklassen, der vollen Halbtagschulen und der Ganztagschulen gebildet. Unser Weg, Gesamtschulen im Konsens zwischen Land, Schulträgern, Eltern und Lehrkräften an neuen Standorten zu entwickeln, hat sich bewährt. 24 neue Gesamtschulen seit 1990 sind hierfür Beleg.

Schulen, die neue Formen der Kooperation modellhaft erproben oder die sich an den schulischen Innovationsprojekten des Landes zur EXPO beteiligen, werden ebenfalls aus diesem Innovationspool gefördert.

Verständigung und kulturelle Toleranz sind wesentliche Erziehungs- und Bildungsziele für deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler. Besondere Beachtung muß deshalb bei pädagogischen Reformprojekten die Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher erhalten. Eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung ist die beste Integrationsvoraussetzung in die Gesellschaft der Bundesrepublik.

#### Wir **bringen** Schulen **ans Netz**

Wir wollen für unsere Kinder die besten Startchancen in die moderne Wissens- und Informationsgesellschaft. Dazu gehört der Einsatz von neuen Kommunikationstechnologien in den Schulen (600 von 3000 Schulen sind am Netz). Schule der Zukunft heißt für uns auch: Modernisierung im Bereich Klimaschutz, Energieeinsparung und die Nutzung regenerierbarer Energien.

Schule der Zukunft heißt aber auch die kritische Überprüfung der Praxis. Wir erkennen ausdrücklich die Leistung der niedersächsischen Lehrerinnen und Lehrer an. Doch die einfache Gleichung „Mehr Personal = mehr Bildung“ ist nicht richtig. Auch die Schule muß sich dem Vergleich von finanziellem Aufwand und dem Ertrag bei Erziehung und Bildung unterwerfen. Auch für die Schule brauchen wir im Interesse der Kinder eine Modernisierungsoffensive.

16

#### **Erwachsenenbildung** in Niedersachsen

Mit Beendigung der Schule, der beruflichen Erstausbildung oder des Studiums ist das Lernen der Menschen nicht beendet. Die Dynamik der Anforderungen der Arbeitswelt und der gesellschaftliche Wandel fordern lebenslanges Lernen. So ist auch die Erwachsenenbildung eine Zukunftsaufgabe. Als eigenständiger und gleichberechtigter Teil des Bildungswesens fördert sie die berufliche, kulturelle, politische und allgemeine Weiterbildung der Menschen in Niedersachsen.

Die SPD wird in Niedersachsen für stabile Rahmenbedingungen der Erwachsenenbildung und damit für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung sorgen und strukturelle Reformen und Innovationen der Träger unterstützen.

#### Hochschulpolitik ist **Zukunftssicherung**

Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sind zentrale Elemente der Zukunftssicherung und Zukunftsgestaltung. Aufgrund des gegenwärtigen Strukturwandels in Wirtschaft und Gesellschaft liegt der zukunftsgerichtete Beitrag eines Bundeslandes zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ganz besonders darin, die kommenden Generationen zu qualifizieren.

Nur mit innovativen Produkten und intelligenten Dienstleistungen wird Niedersachsen im internationalen Wettbewerb mithalten, neue Arbeitsplätze schaffen und die vorhandene Beschäftigung sichern können. Wissenschaftseinrichtungen, insbesondere die Hochschulen, werden daher eine wachsende Bedeutung haben.

Gerade in strukturschwachen oder durch Strukturkrisen geprägten Regionen will die niedersächsische SPD durch Technologietransfer und Forschungsförderung eine noch stärkere Verzahnung zwischen Hochschulen und der Wirtschaft erreichen. Dabei müssen die Ausbildungsinhalte auch den Erfordernissen des sich ständig weiterentwickelnden Arbeitsmarktes angepaßt werden.

## Hochschulen **sind** Zukunftswerkstätten

Eine dauerhafte sozial- und umweltverträgliche Entwicklung muß zum Leitziel für Forschung, Innovation, Modernisierung der Wirtschaft und Reform des Sozialstaates werden. Die Hochschulen müssen als Zukunftswerkstätten und Werkstätten der Demokratie verstanden und genutzt werden. Dazu gehört auch die Unterstützung der Frauenforschung und die Nutzung und Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse.

Hochschul- und Forschungspolitik muß stärker im europäischen und internationalen Rahmen stattfinden und die Förderung der europäischen Integration zum Ziel haben. Die internationale Zusammenarbeit der Hochschulen und der Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden soll weiterhin gefördert und intensiviert werden. Der gesellschaftliche Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über Ziele, inhaltliche Schwerpunkte und Strategien der Hochschul- und Forschungspolitik muß verstärkt werden.

## **Forschung** mit Schlüsseltechnologien

Forschungsförderung bleibt für die niedersächsische SPD eine der wesentlichen Zukunftsaufgaben. Wir werden die Förderung von Schlüssel- und Zukunftstechnologien an Hochschulen und im außeruniversitären Bereich fortsetzen. Hierzu gehören z.B. der Forschungsschwerpunkt Mikrotechnik an der Technischen Universität Braunschweig, die Biotechnologie in Braunschweig, die Biomedizin in Göttingen, das Umwelttechnik-Institut in Clausthal, die Mikroelektronik und Informationstechnologie in Hannover, das Institut für Solarenergieforschung in Emmertal bei Hameln und der Forschungsschwerpunkt regenerative elektrische Energiesysteme in Oldenburg.

Um den Forschungsstandort Niedersachsen zu stärken, werden wir den Wissens- und Technologietransfer unter besonderer Berücksichtigung der Fachhochschulen gerade für kleine und mittelständische Betriebe noch effektiver gestalten. Hierzu trägt die Einrichtung einer Patentberatungs- und -verwertungsstelle in Hannover bei. Neben den Transferstellen für die Wirtschaft sind weitere Kooperationsstellen für Arbeitnehmerbelange einzurichten.

## Neue **Studienplätze**

Durch den Ausbau der Fachhochschulen haben wir 7500 zusätzliche Studienplätze und durch Flächenerweiterung an den Universitäten nochmals 7500 neue Studienplätze geschaffen. Die niedersächsische SPD wird die Fachhochschulen in unserem Land weiter ausbauen und das Fächerspektrum wegen der gestiegenen Anforderungen an die berufliche Qualifikation ausweiten. Bereits seit 1990 sind 136 neue Studienangebote an den Fachhochschulen unseres Landes entstanden.

# 4.

## Bildung und Wissen

Die Demokratisierung des Bildungswesens bleibt Leitziel der niedersächsischen SPD. Wir haben die Durchlässigkeit des Bildungssystems verbessert. Wir haben für beruflich qualifizierte Menschen ohne Abitur den Hochschulzugang eröffnet, wir haben für besonders qualifizierte Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen die Promotion ermöglicht.

In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, trotz knapper öffentlicher Mittel das Hochschulsystem und die Forschungseinrichtungen zu stabilisieren und weiter zu fördern. Wir werden die Hochschulen in ihrem Bemühen um eine Studienreform weiterhin unterstützen.

Hochschulpolitik muß den Studierenden ermöglichen, ihr Studium in kürzerer Zeit als bisher abschließen zu können. Der Übergang zwischen Schule und Hochschule muß so gestaltet werden, daß die Schulabgängerinnen und -abgänger gut auf die Anforderungen des Studiums vorbereitet sind. Regelstudienzeiten und Förderzeiten können jedoch erst dann verkürzt werden, wenn die Voraussetzungen zu einem schnellen Studium geschaffen worden sind. Hierzu müssen die Studierenden vor allem finanziell abgesichert sein und die Prüfungsverfahren vereinfacht werden.

### BAföG-Reform

18

Wir werden uns weiterhin entschieden den Plänen der Bundesregierung widersetzen, das BAföG auf eine komplette Darlehensbasis umzustellen. Die Ausbildungsförderung muß gründlich neu strukturiert werden. Die ursprüngliche Zielsetzung des BAföG, die Bildungsbeteiligung von Studierenden aus niedrigen Einkommensgruppen deutlich zu erhöhen, muß wieder eine stärkere Berücksichtigung finden.

Eine zukunftsorientierte Ausbildungsförderung muß sich darüber hinaus von dem starren Normbild der Vollzeitstudierenden lösen und sich den tatsächlichen Lebensläufen und -situationen der Studierenden, vor allem auch der Frauen, anpassen. Die Einführung von Studiengebühren lehnen wir ab.

### Selbstverantwortung der Hochschulen stärken

Die niedersächsische SPD will Selbstverantwortung und Selbstverwaltung der Hochschulen stärken. Hochschulen benötigen mehr Freiräume und weniger staatliche Steuerung. Landesregierung und Parlament sollen nur noch Rahmenbedingungen wie die Zahl der Studienplätze, das Angebot der Studienfächer und Studiengänge sowie die Forschungsschwerpunkte bestimmen. Die Entscheidung über den Hochschulzugang darf auch künftig nicht zur Disposition der Hochschulen stehen.

Im übrigen sollten die Hochschulen über die Erfüllung ihrer Aufgaben und die Verwendung ihrer Budgets weitgehend eigenständig entscheiden können. Schon jetzt werden die Hochschulen in Clausthal, Oldenburg und Osnabrück als Landesbetriebe unternehmerisch geführt.

Eine entscheidende Bedeutung kommt in der Zukunft der Überprüfung der Lehre zu. Wir haben eine zentrale Evaluationsagentur für Lehre und Studium eingerichtet. Schrittweise werden wir für alle Studiengänge eine leistungsbezogene Bewertung zur Sicherung der Qualität von Forschung und Lehre vornehmen.

Durch die Evaluation stellen wir sicher, daß die Ausbildung an niedersächsischen Hochschulen leistungsfähiger und effizienter wird. Die Ausbildung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Forschung und Lehre ist gezielt zu fördern.

Die Politik der SPD zur Förderung von Frauen an den Hoch- und Fachhochschulen und in der Wissenschaft konnte eine Unterrepräsentanz unter den Lehrenden nicht verringern. Die SPD in Niedersachsen sieht die Weiterführung ihrer Frauenförderung als wichtiges Element ihrer Hochschulpolitik.

Unsere Hochschulen werden künftig stärker dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sein. Dafür müssen sie sich weiterentwickeln und auch verändern. Dafür benötigen sie verstärkt betriebswirtschaftliches Management.

### **Mehr Kooperation zwischen Hochschulen**

Wir werden verstärkt Kooperationen und Arbeitsteilungen von Hochschulen unterstützen. Erfolgreiche Hochschule müssen nicht das gesamte Fächerspektrum anbieten.

Die notwendigen Strukturreformen müssen weitergehen. Überfällig ist u.a. eine Änderung des Dienstrechts. Die niedersächsische SPD spricht sich dafür aus, Professoren auf Zeit oder Probe zu berufen. Hierzu werden wir für eine Änderung des bundeseinheitlichen Dienstrechts eintreten.

Wir wollen Hochschulen, die den Raum und die Möglichkeit schaffen, sich mit gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen, die Impulse für neue Gestaltungsprozesse geben, kulturelles Engagement anstoßen und Partizipation ermöglichen. Wir wollen Hochschulen, die für die Studierenden da sind und die den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels gewachsen sind. Wir wollen Hochschulen als Stätten für Qualifizierung und gesellschaftlichen Dialog.

### **Berufsbildungsoffensive für Niedersachsen**

Eine qualifizierte Berufsausbildung ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Persönlichkeitsentwicklung, das Selbstbewußtsein und die soziale Integration junger Menschen. Sie liefert die Grundlage für einen eigenverantwortlich gestalteten beruflichen Werdegang, für eine eigenständige Existenz und für die Teilhabe an den wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten unserer Gesellschaft.

Aber auch der wirtschaftliche Erfolg von Betrieben und Unternehmen hängt ganz wesentlich von der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Und die betrieblichen Anforderungen verändern sich. Hohe Transferqualifikationen, Teamfähigkeit, flexible berufliche Einsatzmöglichkeiten und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen werden verlangt.

Für die niedersächsische SPD hat die qualifizierte Berufsausbildung einen eigenständigen Stellenwert in der Bildungspolitik unseres Landes. Sie hat eine Scharnierfunktion zwischen Schule und Hochschule auf der einen Seite und der Arbeitswelt auf der anderen Seite.

Um die Zukunftschancen für die junge Generation im Bereich der beruflichen Bildung zu sichern, wird die niedersächsische SPD ihre Berufsbildungsoffensive fortsetzen. Wir wollen die Berufsausbildung strukturell und inhaltlich erneuern und ein qualifiziertes, auswahlfähiges und regionales Angebot an beruflichen Erstausbildungsplätzen schaffen.

# 4.

## Bildung und Wissen

### **Duales** Ausbildungssystem weiterentwickeln

Die niedersächsische SPD will das duale Ausbildungssystem erhalten, weiterentwickeln und ausbauen. Die betrieblichen und schulischen Rahmenbedingungen für die betriebliche Berufsausbildung verbessern. Die Berufsschulen zu Qualifizierungszentren in den Regionen entwickeln. Die Ausbildung in Klein- und Mittelbetrieben durch die Förderung von Verbundausbildungen unterstützen. Die überbetriebliche Ausbildung weiterhin fördern. Die außerschulische Heranführung an Bildung und Beschäftigung für benachteiligte Personengruppen ausbauen. Die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze finanziell fördern. Die Ausbildungsinhalte des öffentlichen Dienstes reformieren. Die Bildung von regionalen Ausbildungskonferenzen unterstützen.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung verbessern und an Veränderungen in der Arbeitswelt anpassen. Wir unterstützen Lernortkooperationen zwischen betrieblichen, schulischen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Wir wollen ausbildende Betriebe durch eine Erhöhung der betrieblichen Anwesenheitszeit von Auszubildenden (Wegfall des zweiten Berufsschultages im zweiten und dritten Lehrjahr) entlasten, die Ausbildungsordnungen öffnen und flexibler gestalten, die Neuordnung traditioneller Berufsbilder und die Genehmigung neuer Ausbildungsberufe entbürokratisieren. Am Prinzip der Beruflichkeit und an den Qualitätsanforderungen der Berufsausbildung werden wir aber festhalten.

20

### Maßnahmen **für Ausbildungsplätze** von Jugendlichen

Bundesweit hat sich die Ausbildungsplatzsituation in den 90er Jahren dramatisch verschlechtert. Niedersachsen war hiervon nicht ausgenommen. Als Antwort auf den Rückgang an Ausbildungsplätzen hat die Landesregierung eine Initiative „Ausbilden müssen wir alle“ ins Leben gerufen, die von allen Beteiligten wie den Kammern, Gewerkschaften, Handwerk, Schulen und der Landesregierung ein Bekenntnis zum dualen System der Ausbildung verlangt. Diese konzertierte Aktion war erfolgreich. Der Rückgang bei den angebotenen Ausbildungsplätzen konnte gestoppt werden. Und bereits ab 1995 wurden in Niedersachsen wieder mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen als in den Vorjahren.

Damit auch in den kommenden Jahren genügend Ausbildungsplätze für Jugendliche bereitgestellt werden, muß die politische Initiative des Landes fortgeführt werden, da allein demografisch bedingt in den kommenden Jahren bis zu 12.000 Ausbildungsplätze fehlen werden. Die niedersächsische SPD wird darauf achten, daß unabhängig von konjunkturellen und strukturellen Schwankungen ein auswahlfähiges, regionales Angebot gegeben ist, das insbesondere auch Mädchen und jungen Frauen einen Zugang zu zukunftsorientierten Berufen ermöglicht. Erst für den Fall, daß die Wirtschaft den zukünftigen Herausforderungen nicht gerecht wird und keine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen anbietet, hält es die SPD für erforderlich, einen bundesrechtlich zu verankernden überbetrieblichen Leistungsausgleich (Umlage) zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben zu schaffen, um so für alle Jugendlichen eine Berufsausbildung sicherzustellen.

### Zukunftsorientierte Politik für **Kinder** und **Jugendliche**

Die Auswirkungen sozialen Wandels beeinflussen immer stärker auch das Leben von jungen Menschen in unserer Gesellschaft. Die Kinder- und Jugendpolitik steht deshalb vor großen Herausforderungen, denn Kinder und Jugend sind die Zukunft einer jeden Gesellschaft. Für die SPD wird die Kinder- und Jugendhilfe nicht nur ein wichtiges Politikfeld bleiben, sondern sie wird insgesamt einen noch größeren Stellenwert erhalten.

Jungen Menschen Möglichkeiten zur Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft zu geben, ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Mit der Einführung des Wahlalters 16 haben wir hier einen ersten wichtigen Schritt getan. Die SPD hält es aber für absolut erforderlich, daß jungen Menschen weitere konkrete Erfahrungsräume zur Entwicklung sozialer und politischer Fähigkeiten eröffnet werden und Kinder und Jugendliche sich auch als Subjekte von Planung und Entscheidung sehen. Dabei setzen wir auf einen Dialog mit den jungen Menschen, der von Verständnis, Toleranz und gegenseitiger Anerkennung bestimmt wird.

Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ist es ein besonderer Auftrag, die Lebensräume kinder- und jugendfreundlicher zu gestalten und wohnortnah eine förderliche Angebotsstruktur für Kinder und Jugendliche zu erhalten und den Erfordernissen entsprechend auszubauen.

Die enge Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule werden wir weiter fördern, da sie die beste Voraussetzung für eine positive Entwicklung junger Menschen bietet.

Zur Umsetzung einer modernen Jugendarbeit halten wir eine Anpassung des Jugendförderungsgesetzes an die gewandelten Strukturen für erforderlich.

Die Entwicklung von sozialem Bewußtsein und Solidarität hat eine größere Bedeutung denn je. Durch gezielte Maßnahmen werden wir das ehrenamtliche Engagement von jungen Menschen wirksam unterstützen.

Zu Verbesserung von Chancengleichheit und als innovativer Beitrag zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, werden wir die Jugendsozialarbeit qualitativ ausbauen.

### **Tageseinrichtungen** für Kinder

Die Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz ist in Niedersachsen mit rund 70.000 neuen Kindergartenplätzen durch einen beachtlichen Kraftakt von Land, Kommunen und freien Trägern hinsichtlich der Quantität des erforderlichen Betreuungsangebotes im wesentlichen abgeschlossen.

Kindertagesstätten gehören zur kommunalen Grundversorgung. Wir werden die Kommunen weiterhin und in gleicher finanzieller Höhe bei ihren Aufgaben unterstützen, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder in Niedersachsen zu sichern.

Das Netz der Tageseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen wird in Zukunft aufgrund veränderter Bedarfslagen dichter geknüpft und in der Art des Angebotes variabler und flexibler sein.

# 5. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Die Arbeitslosigkeit mit ihren bedrohlichen sozialen Folgen für die Menschen und die Gesellschaft bleibt das größte Problem unserer Tage. Wir befinden uns in einem wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel mit vielfältigen Herausforderungen, die nicht zu Lasten der Schwächeren gehen dürfen. Die Zukunft der Arbeit zu Beginn des kommenden Jahrhunderts wird durch die Veränderungen der industriellen Produktion und die Entwicklungen in den Dienstleistungsbereichen geprägt sein.

Neue Technologien, neue Produktionsprozesse, die Rolle der Information und Kommunikation werden die Arbeitswelt deutlich verändern. Die Gestaltung dieses Wandels erfordert die Solidarität und Phantasie aller gesellschaftlichen Gruppen mit denen, die benachteiligt sind.

Wir wissen: Vorausschauende Arbeitsmarktpolitik ist mehr denn je für eine innovative Arbeitsmarktpolitik nötig. Finanzierung von Arbeit ist sinnvoller als für die gravierenden sozialen, gesellschaftlichen und finanziellen Auswirkungen einer hingenommenen Arbeitslosigkeit zu bezahlen.

Zu einer innovativen ökologischen Wirtschaftspolitik, die der Sicherung und Herstellung einer leistungsfähigen Industrie, qualifizierter Dienstleistungen, funktionsfähiger Infrastrukturen und gut ausgebildeter Menschen bedarf, gehört auch die aktive Gestaltung des Arbeitsmarktes, um Ungleichheiten und Benachteiligungen zu beseitigen, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse abzubauen und Brücken in den ersten Arbeitsmarkt herzustellen.

Innovative Arbeitsmarktpolitik heißt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch die Förderung von Frauenerwerbstätigkeit und die Beseitigung von gesetzlichen und anderen Hindernissen, die die Berufstätigkeit und Aufstiegschancen von Frauen erschweren oder verhindern.

## **Soziale Betriebe – ein erfolgreiches Modell**

Hierzu hat Niedersachsen gute Konzepte und eine erfolgreiche Politik aufzuweisen: Soziale Betriebe sind eine niedersächsische Erfolgsstory. Die niedersächsische SPD hat die Idee der „Sozialen Betriebe“ entwickelt. Diese sind mit seit 1991 insgesamt 90 Gründungen und der Schaffung von über 1500 Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose ein „Exportschlager“ geworden. Unser Ziel ist unverändert die Einrichtung von mindestens 100 sozialen Betrieben in Niedersachsen. Rund 30 soziale Betriebe sind für die Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Frauen geschaffen worden.

## Arbeit für Frauen

Jedes dritte Unternehmen in Niedersachsen wird mittlerweile von einer Frau gegründet. Das Land unterstützt seit 1990 mit großem Erfolg Frauen auf dem Weg in ihre Selbständigkeit durch das Existenzgründerinnenprogramm. Über 1500 Frauen haben damit bereits den Sprung in die Selbständigkeit geschafft. Das Land unterstützt auch regionale Initiativen zur Gründung von Frauengewerbezentren in Niedersachsen. Frauengewerbezentren sind Zusammenschlüsse von Unternehmerinnen an einem Standort mit marktgerechter Branchenmischung. Sie können ein gewichtiger Standortfaktor in Niedersachsen werden und haben sehr gute Marktchancen.

Um Familienaufgaben gerecht zu werden, reduzieren die meisten Frauen ihre Erwerbstätigkeit oder geben sie zeitweise ganz auf. Teilzeitarbeit ist eine Domäne von Frauen mit Kindern. Im niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz ist deshalb festgeschrieben, daß Teilzeitbeschäftigten die gleichen beruflichen Aufstiegs- und Fortbildungschancen einzuräumen sind wie Vollzeitbeschäftigten.

Je besser Frauen qualifiziert sind, desto besser sind ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Für Frauen ist es daher besonders wichtig, ihre Qualifikation auch während der Familienphase zu erhalten. Darum haben wir zwölf Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen eingerichtet, die als Anlaufstellen konkrete Hilfestellung für Wiedereinsteigerinnen anbieten.

## Aktive Arbeitsmarktpolitik

Die niedersächsische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik kann sich sehen lassen:

In den Jahren von 1990 bis 1996 gab es in Niedersachsen 82.000 mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, damit ist die Zahl der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen um 3,6 Prozent seit 1990 angestiegen, während die Beschäftigung im Durchschnitt der alten Bundesländer um 0,1 Prozent gesunken ist.

Auch in der Arbeitslosigkeit verzeichnet Niedersachsen im Durchschnitt der alten Länder seit 1990 einen geringeren Anstieg. Bei der Arbeitslosenquote ist der Abstand zwischen Niedersachsen und dem Bundesdurchschnitt zwischen 1990 und 1996 von 2,2 auf 2,0 Prozentpunkte gesunken. Seit Anfang der 90er Jahre ist im Durchschnitt der alten Bundesländer die Arbeitslosigkeit um 48,5 Prozent gestiegen, in Niedersachsen dagegen um 40,5 Prozent.

Das Programm „Arbeit und Qualifizierung für Niedersachsen“ ist neben den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit durch Mittel des Europäischen Sozialfonds in Höhe von fast 100 Millionen Mark langfristig ergänzt worden. Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium ist im niedersächsischen Haushalt für 1997 mit insgesamt 187 Millionen Mark so hoch wie noch nie veranschlagt worden. Mit dem Programm „Arbeit und Qualifizierung“ haben wir eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive für Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitslose, Jugendliche, Frauen und Arbeitslose ohne

## 5. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Qualifikation gestartet. Insgesamt wird der Arbeitsmarkt in Niedersachsen zur Zeit durch die Programme der Landesregierung jährlich um mehr als 20.000 Personen entlastet.

Aber wir wollen uns auf unseren Erfolgen nicht ausruhen, sondern die begonnene Arbeit fortführen und um neue Anstrengungen ergänzen.

Die Bundesregierung hat wieder und wieder die Möglichkeiten einer aktiven Arbeitsmarktpolitik eingeschränkt. Die jetzt eingetretenen Verschlechterungen durch die Reduzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müssen rückgängig gemacht werden. Wir setzen uns weiterhin für die Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik ein. Die Zielbestimmung der Arbeitsmarktpolitik muß wieder geändert werden. Ein hoher Beschäftigungsstand ist für diese Gesellschaft und ihren sozialen Konsens notwendig. Die Arbeitslosigkeit breiter Bevölkerungsteile ist nicht hinzunehmen. In Zusammenarbeit mit den Kommunen werden wir die Qualifikation und Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern verstärkt fördern.

Das Anwachsen ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse und von Schwarzarbeit muß bekämpft werden. Wir werden Modelle von Dienstleistungsagenturen, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in sozialen und kulturellen Dienstleistungen für Haushalte schaffen, fördern. Auf diese Weise können verlässliche Dienstleistungen mit hoher Qualität zur Verfügung gestellt werden und neue Beschäftigung geschaffen werden.

Die Verzahnung von öffentlicher Auftragsvergabe mit Auflagen zur Beschäftigung, insbesondere zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und zur Tariftreue, ist sicherzustellen. Betriebe, die ausbilden oder Ausbildungsplätze vorhalten, sind vorrangig zu beauftragen. Ebenso sind Frauenförderpläne bzw. frauenfördernde Maßnahmen sowie die Beschäftigungsquote behinderter Menschen zu berücksichtigen.

Wir setzen uns dafür ein, daß in den kommenden Jahren durch gesetzliche Maßnahmen des Bundes geringfügige Beschäftigung weitgehend in sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.

Dort wo es möglich ist, werden in der Landesverwaltung Arbeitszeitkonten eingerichtet. Wir wollen mehr Teilzeitarbeit und Möglichkeiten für ein Job-Sharing von Angestellten und Beamten ermöglichen und hierfür die rechtlichen Grundlagen schaffen.

Dem wachsenden Problem der Jugendarbeitslosigkeit und der zunehmenden Dauerarbeitslosigkeit unter Jugendlichen wird die SPD in Niedersachsen mit einem Sonderprogramm in Form von Lohnkostenzuschüssen für Betriebe entgegensteuern. Der flächendeckende Ausbau des Netzes von Jugendwerkstätten und „Regionalen Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen“ (RAN) im Lande wird fortgeführt. Dazu gehört auch eine Ausweitung des Angebots der Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten.

#### Umweltschutz **schafft** Arbeitsplätze

Im Rahmen unserer Innovations- und Modernisierungspolitik werden wir deutlich machen, daß durch eine nachdrückliche Umweltpolitik und im Umweltsektor selbst zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Hohe Umweltqualität in der Produktion und in den Produkten sind mit Vorteilen im internationalen Wettbewerb verbunden. Wir werden die Kompetenzen der umweltorientierten Fachbereiche und Institute bündeln, um den Transfer in marktfähige Produkte zu beschleunigen. So wird sich Niedersachsen verstärkt in den Zukunftsbereichen abbaubare Kunststoffe, Entwicklung von Wasserstoff- und Nanotechnologie in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Unternehmen engagieren.

Für die Entwicklung der Umweltwirtschaft in Niedersachsen spielen staatliche Anschubhilfen eine wichtige Rolle, da sie erhebliche investive Wirkungen entfaltet haben: Seit 1990 wurden in Niedersachsen über den „Ökofonds“ des Landes ca. 6500 ökologisch ausgerichtete Projekte mit Fördermitteln in Höhe von rund 288 Millionen Mark unterstützt. Gefördert wurden: Wind-, Wasserkraft- und Solaranlagen, Blockheizkraftwerke, kommunale und betriebliche Energiekonzepte, Demonstrationsvorhaben in den Bereichen Neue Technologien und ganzheitliche Entsorgungskonzepte, ökologischer Tourismus sowie die Umweltberatung. Mit dieser Förderung wurde ein Gesamtinvestitionsvolumen von knapp einer Milliarde Mark mobilisiert.

Diese Politik soll in der nächsten Wahlperiode in Niedersachsen fortgesetzt werden.

Die niedersächsische SPD unterstützt alle Vorstöße im Bereich der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung, um zu einer Reduzierung des Primärenergieverbrauchs beizutragen. Energieberatung und Energieverwendung im privaten, öffentlichen und gewerblich-industriellen Bereich sind dabei wichtige Aktionsfelder. Im Bereich Wohnen und Bauen wird gefordert, daß eine Minimierung des Energieverbrauches bereits in die Siedlungsplanung einfließt und eine Qualitätssicherung durch Überprüfung der Vorgaben des Energieeinspargesetzes stattfindet. Der Anteil der regenerativen Energien am Gesamtenergieverbrauch wird weiter ausgebaut. Niedersachsen wird sein ambitioniertes Windenergieprogramm bis 2005 auf 1300 Megawatt und das Programm Solarenergie ausbauen.

Die Solarwirtschaft ist ein stark expandierendes und zukunftsfähiges Forschungs- und Beschäftigungsfeld. Dem Programm Solarenergie kommt deshalb eine große Bedeutung zu. Dazu gehören Investitionen in Forschung, Qualifikation und Technologieentwicklungen, um die Entwicklung von solaren Technologien auszubauen. Hier sollen durch gezielte Förderung der anwendungsnahen Forschung und Umsetzung in Handwerk und Industrie

## 6. Umweltschutz, Beschäftigung und Innovation

Märkte ausgebaut und neu erschlossen werden. Den Ausbau von regenerativen Energieanlagen fördern wir weiterhin mit zielgerichteten Programmen. Im Zusammenhang mit Reformen des Energiewirtschaftsrechts setzt sich die SPD für die Beibehaltung von kostendeckenden Vergütungen für die Einspeisung von Strom aus regenerativen Energien in das öffentliche Versorgungsnetz ein. Dabei sollen regional unterschiedliche Belastungen der Bundesländer einen Ausgleich erfahren.

### **Ausstieg** aus der Atomenergie

Die niedersächsische SPD wird sich weiterhin für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Wir treten für ein neues Entsorgungskonzept ein, das sich an folgenden Eckpunkten orientiert: Ausstieg aus der Kernenergie, direkte Endlagerung, Zwischenlagerung bei den Kraftwerkstandorten, wissenschaftlich unabhängige Suche nach Langzeitlagerstätten, Lastenteilung bei der Entsorgung (Niedersachsen darf nicht das einzige Land für die Ablagerung radioaktiven Mülls sein) und keine Fortsetzung der Kernenergienutzung durch „neue“ Reaktorlinien.

### **Gesundheit** und Verbraucherschutz

Niedersachsens SPD wird das Wasser als eine der wichtigsten Quellen menschlicher Existenz verstärkt schützen. Dazu gehören die Verminderung von Schadstoffen in Oberflächengewässern und Böden sowie die Sicherung des Grundwassers, eine zügige Ausweisung von Wasserschutzgebieten, eine Fortsetzung des Programms zur Renaturierung von Gewässern, die Salzentfrachtung der Weser und die Sanierung der Elbe sowie der Ausbau von Wassersparprogrammen. Wir bekennen uns zum Nordseeschutz. Wir werden unserer EU-Verpflichtung nachkommen, den Ausbau der kommunalen Klärwerke (3. Stufe) voranzutreiben.

In der Abfallpolitik gehen wir den bewährten pragmatischen Weg weiter, der sich dadurch auszeichnet, mit Industrie und Handwerk gemeinsam dafür zu sorgen, so wenig Abfall wie möglich entstehen zu lassen. Deshalb unterstützen wir alle zweckmäßigen Anstrengungen zur Vermeidung und Verwertung. Was dann noch übrig bleibt, gehört ordentlich und umweltverträglich entsorgt. Wir wollen die bundesweit als tragfähige Alternative anerkannten Projekte der „Kalten Rotte“ mit stoffspezifischer Vorbehandlung fortführen. Ausschließlich auf Müllverbrennung zu setzen, führt in die Sackgasse.

Aufgrund der steigenden chemischen Belastung unserer Lebensmittel, der Anwendung gentechnischer Verfahren in der Nahrungsmittelproduktion, des zunehmenden Einsatzes von Futtermittelzusatzstoffen in der Tierzucht und der Optimierung landwirtschaftlicher Produktionsmethoden rücken Fragen des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes immer stärker in den Mittelpunkt der ökologischen Debatte. Die Stärkung des Verbraucherschutzes ist uns ein besonderes Anliegen. Die niedersächsische SPD nimmt die vorhandenen Besorgnisse ernst und möchte in Fortsetzung des Diskurses der Landesregierung zur Gentechnologie hier einen Schwerpunkt hinsichtlich Umweltbildung und -aufklärung setzen. Wir fordern bundes- und europaweit Verbote für Schadstoffe, deren umwelt- und gesundheitsgefährdende Wirkungen klar erkannt sind.

Umweltbewußtsein fängt bei den jungen Menschen an: Wir werden deshalb Projekte zum Klimaschutz ebenso fördern wie die „abfallfreie Schule“, die regionalen Umweltschutzzentren oder das freiwillige Ökologische Jahr.

## **Natur- und Landschafts**schutz

Der Schutz der Natur mit Artenvielfalt und heimischem Landschaftsbild ist Bewahrung unserer Lebensgrundlagen. Die SPD-geführte Landesregierung hat hierzu Vorbildliches geleistet. Wir wollen den neuen, nach den Nationalparks Harz und Wattenmeer dritten Nationalpark in der Elbtalau entwickeln und viele zusätzliche Naturschutzgebiete in den Wäldern schaffen. Dies soll in erster Linie in den landeseigenen Forsten geschehen. Zur besseren Betreuung in den Schutzgebieten wollen wir die Revierförstereien heranziehen und die Anzahl der Naturschutzstationen erhöhen.

## Agenda 21 und **nachhaltige** Entwicklung

Die Beschlüsse von Rio de Janeiro 1992 haben erneut die Verantwortlichkeit jedweder Politik im Umgang mit den natürlichen Ressourcen dokumentiert. Die SPD hat das Prinzip der Nachhaltigkeit zur Grundlage ihrer Politik gemacht und sich in den Agenda-Prozeß eingeschaltet.

Aus dem Agenda-Prozeß ergibt sich zwangsläufig ein sorgfältiger Umgang mit den Umweltmedien, der Vorrang für Abfallvermeidung und nachhaltiges Konsumverhalten, die Verpflichtung, eine Entwicklung von Natur und Landschaft zuzulassen, die kommenden Generationen Entfaltungsmöglichkeiten beläßt. Die Landesregierung setzt sich für die Ausweitung lokaler Agenda 21-Initiativen in den Kommunen ein.

Mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung werden wir ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen gleichwertig Rechnung tragen. Nur eine interdisziplinäre, die Wechselbeziehungen zwischen diesen einzelnen politischen Teilbereichen berücksichtigende Politik kann übergreifende Antworten auf die immer komplexer werdenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts finden. Die Integration der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit verlangt analog zum bereits fortgeschrittenen Prozeß im Teilbereich Ökologie nunmehr eine Zielformulierung der sozialen und ökonomischen Dimension.

# 7.

## Wieviel Staat braucht der Mensch?

Die SPD will einen lebendigen Staat, der weder bevormundet noch Initiativen beschneidet. Der Staat muß Akzente setzen und Aktivitäten stimulieren, darf sich aber notwendigen Korrekturen nicht entziehen. Die SPD macht deshalb Ernst mit einer offenen und tabulosen Diskussion über die Frage, welche Aufgaben der Staat künftig noch wahrnehmen soll. Die Bürgerinnen und Bürger selber sind aufgerufen, sich an diesem Diskussionsprozeß zu beteiligen.

Wir wollen den besseren, den leistungsfähigeren, den effizienteren und den kostengünstigeren Staat nicht an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorbei gestalten. Ziel muß sein, überholte und zu teure Bevormundungen durch den Staat abzubauen und gleichzeitig unerläßliche soziale und kulturelle Verpflichtungen zu erfüllen.

### Öffentlicher **Dienst** mit **Servicecharakter**

Wir wollen einen technologieoffenen und dienstleistungsbereiten öffentlichen Dienst mit Servicecharakter schaffen, der kompetenter Partner für die Wirtschaft ist, eine nachhaltige Entwicklung Niedersachsens im Bildungs- und Forschungsbereich gewährleistet und den Hilfsbedürftigen solidarisch zur Seite steht.

Wir haben die Modernisierung der Verwaltung mit großem Erfolg auf den Weg gebracht. In nur vier Jahren haben wir 150 Behörden abgeschafft, weit mehr als 6500 Stellen in der Landesverwaltung eingespart.

Wir wissen: Auch der Staat muß sich an Haupt und Gliedern erneuern. Er muß seine Leistungsfähigkeit erheblich steigern. Und er muß wegen der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen sinkenden Einnahmen und wachsenden Ausgaben seine Kosten in den Griff bekommen. Dabei sind wir in Niedersachsen mit der Modernisierung der Verwaltung unseren eigenen Weg gegangen. Es gilt überkommene Strukturen und Traditionen zu überwinden. Wo diese hemmend und kosten-treibend sind.

### **Schlankheitskur** für Ministerien

Unsere Fortschritte können sich sehen lassen: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Ministerien einer Schlankheitskur unterzogen. Weniger Referate, weniger Abteilungen, weniger Leitungsfunktionen, weniger Stellen – die Landesregierung von Gerhard Schröder steht für die Verschlinkung der Ministerialbürokratie und für eine effiziente, bürgerfreundliche Verwaltung.

In der kommenden Wahlperiode werden wir eine Neuordnung der Landesministerien vornehmen und die fachlichen Zuständigkeiten neu regeln, sinnvoller zusammenfassen und an den Zukunftsaufgaben ausrichten

Bei der Polizei haben wir mit der Polizeireform überflüssige Hierarchieebenen beseitigt. Dadurch haben wir die Präsenz der Polizei vor Ort spürbar verbessert.



## Wieviel Staat braucht der Mensch?

### **Schnellere Genehmigungsverfahren**

Wir haben durch eine bessere Zusammenarbeit und durch eine straffere Organisation von Behörden die Genehmigung von Großprojekten erheblich beschleunigt. Dadurch ist es zum Beispiel gelungen, in Peine ein Elektrostahlwerk in Rekordzeit zu errichten und rund 1000 Arbeitsplätze zu sichern.

Wir werden den erfolgreichen Weg der Modernisierung unserer Verwaltungsstrukturen konsequent fortsetzen. Die SPD versteht dies als einen unerläßlichen Beitrag zur Entwicklung des Standortes Niedersachsen. Die weitere Modernisierung unserer Verwaltung ist damit eine Voraussetzung für die Zukunftssicherung in unserem Land.

Wir treten ein für eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft. Nicht alles, was bislang Aufgabe des Staates gewesen ist, muß auch künftig vom Staat erledigt werden. Vieles können Verbände oder private Unternehmen vielleicht besser und kostengünstiger leisten. Über die künftigen Aufgaben des Staates werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Niedersachsen das Gespräch mit den Menschen suchen. Der moderne Staat ist ein Staat für die Bürger und Bürgerinnen – darum sind wir offen für die Ideen der Menschen in Niedersachsen.

# 8.

## Sicheres Niedersachsen

Sicherheit, insbesondere der Schutz vor Kriminalität, ist ein Recht aller Bürgerinnen und Bürger. Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für das Vertrauen in eine funktionsfähige und lebenswerte soziale und rechtsstaatliche Demokratie. Diese Sicherheit zu verwirklichen und zu gewährleisten, ist zu allererst Pflicht und Aufgabe des Staates. Deshalb garantieren wir für eine gut ausgebildete und bürgernahe Polizei, die diese Aufgabe bewältigen und auch künftig die neuen Formen der Kriminalität wirksam bekämpfen kann.

Aber der Schutz vor Kriminalität ist keinesfalls eine Aufgabe allein des Staates. Auch Wirtschaftspolitik, Gesellschaft und mehr noch jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin können ihre Beiträge leisten, um die Sicherheit ihres Gemeinwesens zu gewährleisten.

Für uns Sozialdemokraten gilt in der Innen- und Rechtspolitik unverändert als oberstes Prinzip: Eine verantwortungsbewusste soziale Politik ist der beste Weg zur Kriminalitätsvorbeugung und Bekämpfung. Der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und für eine ausreichende Anzahl an Ausbildungsplätzen, Akzeptanz und Offenheit gegenüber Kindern und Jugendlichen im Elternhaus und in der Schule und ein gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen entwickeltes Freizeitangebot sind gleichzeitig die wichtigsten Elemente einer wirksamen Kriminalitätsvorbeugung. Dies bedeutet, daß trotz knapper öffentlicher Finanzen Prävention und Aufklärung gerade bei Kindern und Jugendlichen die Eckpunkte unserer Innen- und Rechtspolitik bleiben werden.

Wir werden – vor allem im Jugendstrafvollzug – Resozialisierungseinrichtungen erhalten und jederzeit ausreichend Plätze im offenen Vollzug bereitstellen. Soweit dies ohne Gefährdung berechtigter Sicherheitsbelange und der Strafzwecke vertretbar ist, setzen wir uns für erweiterte Möglichkeiten einer Strafaussetzung zur Bewährung und neue Formen der Haftvermeidung – etwa durch einen elektronisch überwachten Hausarrest und einen Abbau der Ableistung gemeinnütziger Arbeit – ein. Kriminalprävention darf sich nicht auf die Zeit vor der Straftat oder die effektive Strafverfolgung beschränken: Sie muß durch geeignete Strafen Maßnahmen der Besserung und Sicherung gezielt auf die Täter einwirken und sie im Justizvollzug ohne Vernachlässigung des Sicherheitsauftrages durch sachgerechte Sanktionen, Behandlung und Wiedereingliederungshilfen (re)sozialisieren. Ein sicheres Niedersachsen bedeutet auch, dem Justizvollzug zu ermöglichen, unter schwieriger werdenden Bedingungen weiterhin den quantitativ und qualitativ ständig wachsenden Anforderungen eines humanen, resozialisierungsorientierten Strafvollzuges Rechnung tragen zu können.

Gleichwohl steht fest: Sofern diese Bemühungen erfolglos bleiben, müssen kriminelle Übergriffe, die die Rechte des Einzelnen verletzen und Ängste verursachen, konsequent und so früh wie möglich verfolgt werden.

## Sicherheitskonferenzen **in** den **Kommunen**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns in Niedersachsen für die Einrichtung kommunaler Sicherheitskonferenzen (Präventionsräte) ein. Gemeinsam können Städte und Gemeinden, Polizei, Justiz, Ehrenamtliche aus Vereinen und Initiativen und soziale Institutionen in den Sicherheitskonferenzen Maßnahmen vorbereiten, um die öffentliche Sicherheit in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen zu verbessern. Zivilcourage, Wachsamkeit, soziale Solidarität und verantwortungsvolle Zusammenarbeit mit der Polizei können Kriminalität und Gewalt Grenzen setzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden die Arbeit der kommunalen Sicherheitskonferenzen absichern. Wir werden mit einer Aufklärungsinitiative die kommunalen Sicherheitskonferenzen unterstützen und insbesondere in Schulen sowie in der außerschulischen Jugend- und Bildungsarbeit für eine verstärkte Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger werben.

Wir wollen in Niedersachsen Delikte durch vorbeugende sozialpolitische Maßnahmen verhindern und nicht ausschließlich bereits begangene Straftaten verfolgen. Wir setzen mit unserer Politik bereits an, bevor es zu spät ist. Dies schließt bei Personengruppen, bei denen besondere Integrationsprobleme auftauchen können, einen Ausbau gezielter Integrationshilfen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Dazu zählt auch die verstärkte Einstellung von Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft in die niedersächsische Landespolizei.

## **Motivierte** und **leistungsfähige** Polizei

Für die Gewährleistung der Sicherheit ist eine motivierte und leistungsfähige Polizei unverzichtbar. Niedersachsen verfügt über eine leistungsfähige Polizei. Das belegt nicht zuletzt die Aufklärungsquote bei Straftaten. Dazu beigetragen hat vor allem die Reform der Landespolizei. Sie hat durch Abbau unnötiger Hierarchieebenen, durch Entbürokratisierung und durch die Neuorganisation des polizeilichen Einzeldienstes zu einer Verstärkung der polizeilichen Basisdienststellen geführt. Die Bürgernähe der Polizei hat sich verbessert, die Reform hat sich bewährt. Durch diese Polizeireform werden rund 1.400 Beamtinnen und Beamte zusätzlich vor Ort eingesetzt. Mit der Zusammenlegung von Schutz- und Kriminalpolizei ist außerdem kriminalpolizeilicher Sachverstand in nunmehr 180 statt früher 72 Basisdienststellen vertreten.

Die niedersächsische SPD verfolgt weiterhin eine nachhaltige Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Polizistinnen und Polizisten durch eine Fachhochschulausbildung und eine Absicherung berufsbegleitender Fortbildungsmaßnahmen. Mit der Fortsetzung der zweigeteilten Laufbahn sichern wir eine gerechte Bewertung des schwierigen und anspruchsvollen Dienstes in der Polizei. In den vergangenen vier Jahren haben wir im Bereich der Polizei die Voraussetzungen für 12.000 Beförderungen geschaffen. Mit diesen Maßnahmen haben wir die Motivation, das Qualitätsniveau und die Leistungsbereitschaft der niedersächsischen Polizei nachhaltig gesteigert.

Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erwarten, daß die Polizei da ist, wenn man sie braucht, und daß sie einschreitet, wenn es nötig ist. Eine wichtige Leitlinie polizeilichen Handelns in den nächsten Jahren muß deshalb sein, durch sichtbare polizeiliche Anwesenheit und konsequentes Handeln den Nährboden, aus dem sich Kriminalität entwickeln kann, zu beseitigen.

Um die Effektivität polizeilicher Arbeit weiter zu steigern und einen gezielten Einsatz der vorhandenen Ressourcen zu ermöglichen, werden wir die kontinuierliche aufgabenkritische Überprüfung polizeilicher Tätigkeiten fortführen. Wir werden die Polizei weiter von Aufgaben befreien, die für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit nicht zwingend erforderlich sind oder – wie bei der Aufnahme leichter Verkehrsunfälle – nicht durch die Polizei durchgeführt werden müssen.

Die Polizei in Niedersachsen leistet gute Arbeit. So hat im Vergleich zum Vorjahr 1996 die Anzahl der erfaßten Straftaten um 2,8 Prozent abgenommen, während sie im Bundesdurchschnitt sogar noch etwas gestiegen ist. Im Vergleich zu den ähnlich strukturierten Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen weist Niedersachsen eine geringere Anzahl von Straftaten pro 100.000 Einwohner auf. Diese erfreuliche polizeiliche Statistik ist aber für uns kein Zeichen der Entwarnung oder eine Rechtfertigung für ein Nachlassen bei unseren Anstrengungen.

#### Organisierte Kriminalität **bekämpfen**

Die Organisierte Kriminalität bedeutet für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat eine neuartige Bedrohung. Bandenriminalität und organisiertes Begehen von Straftaten zeichnen sich durch enorme Gewaltbereitschaft und durch rücksichtsloses Gewinnstreben aus. Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist für die SPD in Niedersachsen ein zentrales kriminal- und gesellschaftspolitisches Anliegen.

Durch die Einrichtung spezieller polizeilicher Dienststellen und die Schaffung von Sonderdezernaten und spezialisierten Abteilungen bei allen Staatsanwaltschaften haben wir die Strafverfolgung von organisiertem Verbrechen in Niedersachsen deutlich verbessert.

Die Bekämpfung und Verfolgung der Organisierten Kriminalität bedarf besonderer polizeilicher und rechtlicher Mittel, die zum einen eine bessere Informationsgewinnung ermöglichen, zum anderen den Zugriff auf das „Schmiermittel“ des organisierten Verbrechens, das illegal erworbene Vermögen, zulassen. Wegen der großen Gefahren durch organisierte Kriminalität darf der Staat nicht zögern, bei der Strafverfolgung neue Wege zu gehen und neue Instrumente anzuwenden. Nach der von uns auf den Weg gebrachten Änderung des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes und den neuen Möglichkeiten zum Einsatz von verdeckten Ermittlern sind nunmehr der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, den Strafverfolgungsbehörden das notwendige rechtliche Instrumentarium an die Hand zu geben.

In Niedersachsen sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, im Kampf gegen den Drogen- und Waffenhandel, gegen Geld- und Wertzeichenfälschung und gegen die organisierte Bandenriminalität gerade im Bereich des Menschenhandels und der Kinderprostitution erfolgreich bestehen zu können. Wir befürworten deshalb auch die Möglichkeit der elektronischen Wohnraumüberwachung unter klar geregelten rechtsstaatlichen Bedingungen. Folgen müssen nunmehr die erforderlichen Entscheidun-

gen durch den Bundesgesetzgeber, um durch Änderungen des Strafrechts, des Strafprozeßrechts oder des Steuerrechts verbrecherisch erlangte Gewinne endlich einziehen zu können.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß auch Menschen zu uns kommen, die von vornherein darauf abzielen, mit kriminellen Handlungen Geld zu machen und dabei vor schwersten Straftaten wie Rauschgifthandel, Menschenhandel, Prostitution, Tötungsdelikten oder Raub nicht zurückschrecken. Für diese Ausländerinnen und Ausländer muß klar gelten: Sie haben bei uns nichts zu suchen, und begehen sie Straftaten, muß schnell darauf reagiert werden. Strafhaft, Ausweisung und Abschiebung müssen die klaren Antworten des Rechtsstaates darauf sein.

Wir wollen, daß solche Straftäter ihre Strafe im Heimatland absitzen. Noch steht dem die fehlende Vereinbarung im Europarat entgegen, noch muß der Gefangene zustimmen. Deshalb hat Niedersachsen in Bonn darauf gedrängt, Verhandlungen mit dem Europarat zur Lösung dieses Problems aufzunehmen. Wir werden nicht ruhen, bis diese Vereinbarung geschlossen ist. Klar ist aber auch, daß in Länder, die Strafgefangene dann sofort freilassen, erst nach der Verbüßung der Haftstrafe in Deutschland abgeschoben werden darf.

## Bekämpfung **des erstarkten** Rechtsextremismus

Niedersachsen hat mitgeholfen, menschenverachtende aggressive Aktivitäten von Rechtsextremisten und Neonazis zurückzudrängen. Zu diesen Erfolgen gehören vor allen Dingen das Verbot der FAP und der Wikingjugend und anderer „brauner Kameradschaften“.

Nunmehr scheinen sich rechtsextremistische Gruppierungen neu organisiert und neue Formen der Vernetzung gefunden zu haben. Mittels der modernen Kommunikationstechnologie fällt es ihnen leichter, bundesweit zu agieren. Um etwa rechtsextremistischen Aufmärschen zu begegnen, bedarf es deshalb gut informierter, schnell reagierender und effektiv handelnder polizeilicher Dienststellen und eines engagierten Verfassungsschutzes.

## Kinder und Jugendliche **vor Gewalt** schützen

Ein sicheres Niedersachsen bedeutet auch ein besserer Kinder- und Jugendschutz und ein besserer Schutz von Frauen vor Gewalt. Immer mehr Jugendliche haben Schwierigkeiten, mit ihrem Leben zurecht zu kommen. Hohe Arbeitslosigkeit, zuwenig Lehrstellen, verarmte oder zerrüttete Familien sind die Ursachen. Wir bemühen uns, diesen Jugendlichen die nötige Hilfe und Zukunftsperspektiven zu geben. Wir werden nicht zulassen, daß junge Menschen ins Abseits gedrängt werden. Wir wollen Projekte für gewaltbereite und rechtsextrem orientierte Jugendliche fördern. Straffällig gewordene junge Menschen brauchen unsere besondere Hilfe. Sie dürfen nicht abgeschrieben werden. Über soziale Trainingskurse und sozialtherapeutische Begleitung während und nach der Inhaftierung werden wir Reformansätze im Jugendvollzug weiter voranbringen. Eine Herabsetzung der Straffähigkeit auf 12 Jahre lehnen wir ab.

# 8.

## Sicheres Niedersachsen

Für Jugendliche in Problemsituationen fördern wir betreute Wohnprojekte und Wohngemeinschaften. Für benachteiligte junge Menschen werden wir unsere Projekte zur Ausbildung und Beschäftigung, wie das RAN-Projekt, weiter bereitstellen.

Nicht nur der Staat trägt Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt, sondern unsere gesamte Gesellschaft. Dazu gehört Präventionsarbeit im Suchtbereich ebenso wie Aufklärung über neue Religionen, Sekten und Psychokulte. Hier verdient die Beobachtung z. B. der Scientologen besondere Bedeutung. Öffentliche und freie Träger der kommunalen Jugendhilfe nehmen diese Aufgabe wahr und werden dabei von der sozialdemokratischen Landesregierung auch weiterhin unterstützt.

Vorbildlich ist das Hilfsangebot mit den Kinderschutzzentren, Mädchenhäusern, Anlauf- und Beratungsstellen und Notruftelefonen. Kinderschutzzentren bieten Hilfe und Schutz für Mädchen und Jungen, die durch psychische oder physische Mißhandlung, wegen sexuellen Mißbrauchs oder Verwahrlosung in ihrer Entwicklung geschädigt wurden oder davon bedroht sind.

Die zunehmende Ausstrahlung von Gewaltdarstellungen und die zunehmende Nutzung elektronischer Medien für die Darstellung von Kinderpornographie erfordert die Stärkung des Jugendschutzes in diesem Bereich. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten planen daher, daß Einrichtungen, die gewerbsmäßig Mediendienste bereithalten, in denen jugendgefährdende Inhalte enthalten sein könnten, einen Jugendschutzbeauftragten zu bestellen haben.

Die zunehmende Kinder- und Jugendkriminalität muß uns mit Sorge erfüllen. Das jugendspezifische breitgefächerte Sanktionssystem der Erziehungsmaßregeln wie Verwarnung, Jugendarrest, Schadenswiedergutmachung und Jugendstrafe, im Einzelfall auch auf unbestimmte Dauer, hat sich bewährt. Auch die Möglichkeit, den Aufenthaltsort zu bestimmen oder z. B. die Heimerziehung anzuordnen, sind wichtige Maßnahmen zur Beendigung einer begonnenen kriminellen Laufbahn. Dies wird oft von jenen verschwiegen, die härtere Maßnahmen fordern. Niedersachsen hat auch Vereinbarungen mit Heimträgern geschlossen, um schnelle Abhilfe zu schaffen und erwägt, auch Lösungen für Kinder unter 14 Jahren zu erarbeiten, um durch Aufnahme in diese Einrichtungen eine begonnene kriminelle Karriere so schnell als möglich zu beenden.

### Hilfe für mißhandelte Frauen

Von Gewalt betroffene Frauen, die häufig nach jahrelangen Demütigungen und Mißhandlungen fliehen wollen, finden eine vorübergehende Zuflucht in einem der 41 niedersächsischen Frauenhäuser. Dort soll ihnen ihr Selbstwertgefühl zurückgegeben werden. Sie erhalten dort Unterstützung und Beratung. Die niedersächsische SPD hat die Förderung der Frauenhäuser dauerhaft abgesichert.

Bei dem Schutz von Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt und Mißbrauch geworden sind, haben wir Zeichen gesetzt. Bei der Verfolgung von Sexualstraftätern haben wir in Niedersachsen frühzeitig die Weichen gestellt. Während die Spezialisierung bei der Polizei schon lange Standard war, sind bei der Staatsanwalt-

schaft 1990 landesweit Spezialdezernate zur Verfolgung von Sexualdelikten eingerichtet worden. Hierdurch haben wir die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei verbessert, die Ermittlungen gestrafft und die Verfahren abgekürzt. Auch die Zentralstelle des Landes zur Bekämpfung gewaltdarstellender pornographischer oder sonst jugendgefährdender Schriften erleichtert die Strafverfolgung des sexuellen Mißbrauchs vor allem von Kindern. Um den Schutz vor sexueller Gewalt weiter zu verbessern, werden Frauen und Männer im Polizeidienst gesondert sensibilisiert und ausgebildet.

Niedersachsens SPD hat erkannt, daß ausländische Prostituierte, die durch Zuhälterbanden illegal nach Deutschland gebracht worden sind, nicht durch Ausweisung oder Strafe bedroht werden dürfen, sondern des besonderen Schutzes bedürfen. Wir haben daher dazu beigetragen, daß durch die Veränderung des § 42, II Ausländergesetz die rechtlichen Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Deutschland geschaffen wurden; wir wollen zusätzlich einen wirksamen Opferschutz im Opferschutzgesetz verankern und diesen den Frauen gewähren.

Inhaftierte Sexualstraftäter sind grundsätzlich im geschlossenen Vollzug unterzubringen und dort intensiv zu betreuen und zu behandeln. Nur so lassen sich weitere Straftaten verhindern und mögliche weitere Opfer schützen. Darum müssen inhaftierte Sexualstraftäter in Niedersachsen nach einem psychologischen Gutachten an allgemeinen Behandlungs- und Betreuungsmaßnahmen, an sozialen Trainingsmaßnahmen bis hin zur Behandlung in sozialtherapeutischen Anstalten teilnehmen.

### Täter-Opfer-Ausgleich

Ein besonderes Augenmerk gilt in Niedersachsen dem Täter-Opfer-Ausgleich. Er soll dazu beitragen, den zwischen Tätern und Opfern durch eine Straftat entstandenen Konflikt aufzuarbeiten und nach Möglichkeit beizulegen. Die Wiedergutmachung des Schadens kann durch finanzielle und symbolische Leistungen oder durch Arbeitsleistungen des Täters gegenüber dem Opfer erfolgen. Der Täter-Opfer-Ausgleich hat sich in Niedersachsen bewährt. Angefangen haben wir 1992 mit einem Modellversuch zur Konflikt-schlichtung und Wiedergutmachung. Wir werden den Täter-Opfer-Ausgleich in ganz Niedersachsen Schritt für Schritt weiter ausbauen.

Nicht nur der Täter-Opfer-Ausgleich zeigt: Bei uns stehen Schutz der Opfer und Wiedergutmachung im Mittelpunkt. So haben wir im Frühjahr 1996 ein Sondervorhaben eingeleitet, um die Situation kindlicher Opferzeugen im Strafverfahren zu verbessern. Kindliche Opferzeugen stehen unter einer großen seelischen Belastung. Darum wollen wir die Zahl der Vernehmungen, denen Kinder sich unterziehen müssen, so gering wie möglich halten. Weiter wollen wir eine für Kinder angemessene Form der Vernehmung durch besonders geschultes Personal und in möglichst kindgerechten Vernehmungszimmern.

# 9.

## Politik mit den Menschen machen

Für die niedersächsische SPD kann es keinen modernen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort ohne soziale Sicherheit geben. Die Bundesregierung hat die soziale Sicherheit in der Bundesrepublik ausgehöhlt und die Eckpfeiler des Sozialstaates schwer beschädigt. Sie betreibt Abbau des Sozialstaates, wo Umbau und Erneuerung notwendig sind.

Über die Zukunft des Sozialstaates in der Bundesrepublik wird mittelbar auch bei der niedersächsischen Landtagswahl entschieden. Aber von Niedersachsen kann angesichts der Rentenpläne der Bundesregierung, angesichts des Leistungsabbaus in der Arbeitslosenversicherung und angesichts der Gesundheitspolitik, die bei Kranken und Versicherten abkassiert, ein Signal für Solidarität, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit ausgehen.

In Niedersachsen haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit 1990 die Qualität der sozialen Sicherung schrittweise ausgebaut und gezielt verbessert. Die niedersächsische Sozialpolitik ist heute ein Standortvorteil für unser Land und eine wichtige Bedingung für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in Niedersachsen.

Das seit 1990 in Niedersachsen eng geknüpfte Netz aus sozialen Hilfeeinrichtungen und Dienstleistungen von der Sozialstation bis zum Pflegeheim werden wir behutsam weiterentwickeln und dem sich wandelnden Bedarf anpassen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Ausgleich und Teilhabe zugunsten derjenigen, die durch Krankheit, Behinderung, Alter, Armut oder Arbeitslosigkeit an den Rand des Gemeinwesens geraten.

### **Familienfreundliches** Niedersachsen

Familie hat sich gewandelt. Familien sind längst nicht mehr nur Ehepaare mit Kindern. Familien sind ebenso Alleinerziehende, unverheiratet Zusammenlebende, Stiefeltern, Adoptiveltern und Wohngemeinschaften, soweit sie mit Kindern verbindlich zusammenleben.

Ziel von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es, ein von Toleranz geprägtes politisches Klima zu schaffen, in dem Familien, unabhängig von ihrer Lebensform, ganz selbstverständlich gestützt werden. Frauen müssen die Möglichkeit haben, eigenverantwortlich und selbstbestimmt ihr Leben zu planen. Dazu gehört es, die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer zu verbessern. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine gleichberechtigte Aufgabenverteilung in Familie und Partnerschaft ein.

Familien mit Kindern, und gerade auch Alleinerziehende, sind einer starken Belastung ausgesetzt. Für sie gibt es ein breites Hilfsangebot. Damit auch Familien, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, sich einen gemeinsamen Urlaub mit ihren Kindern leisten können, fördern wir entsprechende Erholungsmaßnahmen.

Mütterzentren sind selbstorganisierte Treffpunkte für Mütter, Kinder, junge und alte Menschen. Sie sind eine gute familienpolitische Begleitmaßnahme, eine Familienselbsthilfe, die dazu beiträgt, Isolation zu durchbrechen und neue nachbarschaftliche Netze aufzubauen. Durch unsere Förderung ist Niedersachsen bundesweit das Land mit den meisten Mütterzentren.

Müttergenesungskuren haben sich in den letzten Jahren zu modernen Kuren gewandelt, die auf Konfliktpotentiale und Belastungen von Frauen eingehen. Sie sind ein modernes Therapieangebot, das die speziellen Lebenssituationen von Frauen berücksichtigt und sowohl psychosoziale Hilfestellung als auch medizinische Betreuung leistet. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns dafür eingesetzt, daß die Müttergenesungskuren von den Sparmaßnahmen der Bonner Gesundheitsreform ausgenommen werden, so daß Mütter weiterhin kostengünstig diese Angebote in Anspruch nehmen können.

## Mädchenprojekte **fördern**

Wir fördern auch in Zukunft vielfältige Projekte, die Mädchen auf ihrem Weg unterstützen und ihnen Raum geben. Wir konzentrieren die Landesförderung auf örtliche Projekte, die das Angebot von Schule sowie Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit erweitern und ergänzen.

Latente Konflikte in Familien und im sozialen Nahbereich und damit einhergehende Bedrohungen treiben Mädchen auf die Straße. Dort sind sie der akuten Gefährdung durch Drogen, der damit verbundenen Beschaffungskriminalität und Prostitution ausgesetzt. Hilfe und Schutz bieten Mädchenhäuser, deren Förderung wir fortsetzen.

## **Solidarsysteme** sichern

Die Solidarsysteme Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung sind von der Bundesregierung systematisch ausgeplündert und in eine schwere Krise gebracht worden. Die Bundesregierung ist für die Explosion der Sozialversicherungsabgaben und damit der Lohnnebenkosten verantwortlich. Sozialhilfeleistungen haben durch die Kürzungen in den vorrangigen Sicherungssystemen der Sozialversicherung immer mehr Lohnersatzfunktion übernommen und so maßgeblich die Finanzprobleme in unseren Kommunen verschärft.

Diese Erhöhung der Lohnnebenkosten erweist sich als gravierender Standortnachteil, hat die Nettolöhne reduziert und gleichermaßen die Investitionsfähigkeit der versicherungspflichtigen Unternehmen geschwächt.

Die niedersächsische SPD fordert, zur überfälligen Senkung der Lohnnebenkosten endlich die versicherungsfremden Leistungen aus der Sozialversicherung herauszunehmen und von allen Bürgern und Unternehmen über Steuern zu finanzieren. Bei allem zukünftigem Reformbedarf müssen zunächst die Einnahmeprobleme insbesondere der Renten-, Kranken- und Arbeitslosen-

# 9.

## Politik mit den Menschen machen

versicherung gelöst werden, die durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit verursacht sind. Wir wollen eine generelle Sozialversicherungspflicht für alle Einkünfte aus Arbeit. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind weitgehend zu sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigungen auszubauen.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen den Sozialstaat einfacher und überschaubarer gestalten. Wir werden überflüssige Sozialbürokratie weiter abbauen. Ein leistungsfähiger Sozialstaat, der seine Hilfen den wirklich Bedürftigen gewährt, stärkt die solidarischen Potentiale unserer Gesellschaft.

### Vorrang für Rehabilitation

Niedersachsen ist mit seinen 51 Kur- und Heilbädern in landschaftlich reizvoller Lage ein beliebtes Kur- und Rehabilitationenland. Medizinische und berufliche Rehabilitation sind für die Betroffenen unverzichtbar. Die Infrastruktur aus Kur- und Rehabilitationseinrichtungen ist aber auch beschäftigungspolitisch von großer Bedeutung. Die Bundesregierung zerschlägt zur Zeit die Strukturen für die medizinische und berufliche Rehabilitation auch in Niedersachsen. Dabei sind Prävention und Rehabilitation für die sozialen Sicherungssysteme und die Betroffenen sinnvoller und volkswirtschaftlich kostengünstiger als akutmedizinische Hilfen. Vorbeugen ist besser und preiswerter als heilen. Die niedersächsische SPD setzt sich dafür ein, Prävention und Rehabilitation in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung wieder Vorrang einzuräumen.

38

### Pflege in Niedersachsen

Die niedersächsische SPD will eine Weiterentwicklung des Bundespflegeversicherungsgesetzes. Zu viele Versicherte erhalten zu geringe Leistungen aus ihrer Pflegeversicherung. Wichtige Pflegetatbestände werden nicht oder aber nicht ausreichend berücksichtigt, vor allem Leistungen sozialpflegerischer Betreuung. Insbesondere tritt Niedersachsen auch dafür ein, daß bei Pflegeheimbedürftigkeit der Anspruch auf häusliche Krankenpflege wieder hergestellt wird.

Mit dem Landespflegegesetz finanziert das Land Niedersachsen die Investitionskosten der ambulanten und stationären Pflege in Niedersachsen. Damit wird ein modernes und bedarfsgerechtes ambulantes, teilstationäres und stationäres Pflegeangebot im Land vorgehalten und ständig weiterentwickelt.

Mit dem Landespflegegesetz ist erstmals in Niedersachsen die gesetzliche Grundlage geschaffen worden, in Vorfeld und Umfeld von Pflege hauswirtschaftliche und sozialpflegerische Hilfen zu finanzieren. Diese werden insbesondere Pflegebedürftigen zugute kommen, die trotz schwerer Behinderungen nicht mehr von der Pflegeversicherung erfaßt werden.

Mit einem Landespflegegeld für die Bedürftigen in den Pflegeheimen stellt die niedersächsische SPD auch in Zukunft sicher, daß wegen der Wohnkosten im Pflegeheim niemand in Niedersachsen zum Sozialhilfeempfänger werden muß.

Ausbildung in der **Altenpflege** geregelt

Die Altenpflegeberufe – von der Gesellschaft dringend benötigt – waren in ihrer Ausbildung besonders benachteiligt: Die Schülerinnen und Schüler hatten Schulgeld zu entrichten. Viele mußten ohne eigenes Einkommen ihren Lebensunterhalt aus Sparverträgen oder Darlehen finanzieren.

Damit ist nun Schluß. In Niedersachsen gilt das Altenpflege-Berufegesetz. Schülerinnen und Schüler der Altenpflege erhalten während der Ausbildung ein Entgelt. Die Kosten der theoretischen Ausbildung übernimmt das Land. In Niedersachsen ist mit dem Altenpflege-Berufegesetz ein wesentlicher Schritt zu einer bedarfsgerechten Ausbildung mit Altenpflegerinnen und Altenpflegern getan.

**Politik für** ältere Bürger und Bürgerinnen

Viele ältere Menschen sind in den Wohlfahrtsverbänden und Vereinen organisiert. In den Kommunen und im Land sind ältere Menschen in Seniorenbeiräten tätig. In einer Gesellschaft, in der der Anteil an älteren Menschen ständig zunimmt, muß gewährleistet bleiben, daß sich die Seniorinnen und Senioren aktiv im politischen Raum, aber auch in Vereinen und Verbänden betätigen können. Das Land Niedersachsen wird dieses Engagement der Seniorinnen und Senioren auch zukünftig im Rahmen der Möglichkeiten unterstützen.

Um Selbständigkeit zu erhalten, fordern Seniorenbeiräte und Verbände der Senioren, das betreute Wohnen weiter auszubauen. Die SPD unterstützt diese Forderung. In der letzten Legislaturperiode wurde Vermietern von Sozialwohnungen und insbesondere von Altenwohnungen die Möglichkeit eingeräumt, neben dem Mietvertrag einen besonderen Servicevertrag mit den Mieterinnen und Mietern abzuschließen, um dadurch zu gewährleisten, daß der alte Mensch in einer Sozialwohnung auch verbleiben kann, wenn er auf fremde Hilfe angewiesen ist. Durch den Servicevertrag stellt der Vermieter sicher, daß dieser Service auf Anforderung zur Verfügung steht. Dieses Angebot an betreuten Wohnungen oder Servicewohnungen in Niedersachsen wird die niedersächsische SPD kontinuierlich ausbauen.

**Bauen und Wohnen**

Die Situation am Wohnungsmarkt hat sich seit 1990 wesentlich verbessert. Die SPD-Landesregierung hat seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 1990 erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um die Wohnungsversorgung zu verbessern.

Aufgrund viel zu geringer Bautätigkeit in den 80er Jahren gab es 1990 ein Wohnungsdefizit von 145.000 Wohnungen. Von 1990 bis 1996 haben wir Haushaltsmittel in Höhe von rund 5,2 Milliarden Mark für Wohnungsbauprogramme mit fast 72.000 Wohnungen bereitgestellt.

Dieser Anstoß des Landes hat auch im freifinanzierten Wohnungsbau als Initialzündung gewirkt. Von 1990 bis 1996 wurden in Niedersachsen insgesamt 362.500 Wohnungen fertiggestellt. Damit liegt Niedersachsen im Bundesvergleich auf einem der vorderen Plätze.

## 9. Politik mit den Menschen machen

Ein Sonderprogramm zum Wohnungsbau haben wir in Verbindung mit der Weltausstellung EXPO 2000 aufgelegt. So baut das Land auf dem EXPO-Gelände in den nächsten Jahren 3.100 Wohnungen. Davon werden 1.110 von der EXPO vorgezogen, 1.720 Mietwohnungen werden im Jahr 2000 fertig gestellt sein. 320 Eigentumsmaßnahmen sind im Bau. Für diese Maßnahmen gibt das Land 390 Millionen Mark aus.

Als eine Folge unserer erfolgreichen Wohnungsbaupolitik hat sich der Wohnungsmarkt in Niedersachsen deutlich entspannt. Allerdings besteht nach wie vor ein großer Bedarf an preiswerten Wohnungen für Familien mit geringen Einkommen, Alleinerziehenden und alten Menschen. Auch wollen wir insbesondere den sogenannten Schwellenhaushalten mit geringen und mittleren Einkommen den Erwerb von Eigentum am selbstgenutzten Wohnraum ermöglichen.

Die städtebauliche Sanierung unserer Städte und Dörfer ist noch nicht abgeschlossen. Es besteht weiter Handlungsbedarf, auch um in Niedersachsen eine leistungsfähige Bauwirtschaft zu erhalten. Aus diesen Gründen werden wir in unseren Anstrengungen auf dem Gebiet des Wohnungs- und Städtebaues nicht nachlassen.

Kosten- und flächensparendes Bauen, Erhaltung bzw. Schaffung von funktionierenden sozialen Bezügen in der städtebaulichen Umgebung und ökologische Verantwortung beim Bauen bleiben unsere Ziele. Mit der Auslobung des Niedersächsischen Staatspreises für Architektur haben wir Planerinnen und Planer, aber auch die Bauherren zu mehr gestalterischer und städtebaulicher Qualität angeregt. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

40

Wohlfahrtsverbände – **Partner** der Politik

In der Bundesrepublik sind neben den gemeinnützigen Vereinen die Wohlfahrtsverbände an Stelle des Staates vorrangig tätig und organisieren unter wesentlicher Mithilfe ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eine Vielzahl von sozialen Hilfeeinrichtungen. Dafür erwarten die Wohlfahrtsverbände vom nachrangig tätigen Staat, daß sie ausreichend mit Finanzmitteln ausgestattet werden. Deshalb haben wir das Lotteriegesetz so geändert, daß die Wohlfahrtsverbände dauerhaft und zuverlässig an den Lotterieu- und Spielerträgen in Niedersachsen beteiligt und unbürokratisch gefördert werden.

**Reform** der Sozialverwaltung

Seit 1990 haben wir den Verwaltungsaufwand in der Sozial- und Gesundheitsverwaltung deutlich reduziert. Wir haben die Versorgungsverwaltung gestrafft und die acht Medizinaluntersuchungsämter zu einem Landesgesundheitsamt zusammengefaßt.

In der neuen Wahlperiode wird die niedersächsische SPD die Sozialverwaltung modernisieren. Niedersachsen ist das einzige Land in der Bundesrepublik, in dem die Kommunen als örtliche und das Land als überörtlicher Träger der Sozialhilfe unabhängige Sozialverwaltungen vorhalten. Diese Ebenen der Sozialverwaltung wollen wir zusammenzuführen. Dies soll im Konsens mit den Kommunen geschehen.

### Neue Wege in der **Behindertenpolitik**

In der Behindertenpolitik gilt es, die Möglichkeit des Teilhabens am allgemeinen gesellschaftlichen Leben weiter voranzutreiben. Bei Kindern geschieht dies in der Frühförderung der behinderten und der von Entwicklungsverzögerung bedrohten Kinder, in Kooperationsprojekten oder durch die Integration in Kindergarten und Schule.

Die niedersächsische SPD wird dafür sorgen, die Beschäftigtenquote für Behinderte in der Landesverwaltung weiter anzuheben. Neben den Werkstätten für Behinderte, die in der Vergangenheit ausgebaut und therapeutisch differenziert wurden, werden wir verstärkt Modelle der regionalen Arbeitsassistenten unterstützen.

Mehr als bisher sind stationäre Hilfen für Behinderte zu überprüfen. Vorrang vor stationärer Hilfe muß zukünftig die ambulante und teilstationäre Hilfe haben. Nur so kann dem grundgesetzlichen Auftrag eines weitgehend selbstbestimmten Lebens für Behinderte entsprochen werden.

Die SPD in Niedersachsen tritt dafür ein, daß das Angebot des betreuten Wohnens für seelisch und geistig Behinderte weitergeführt wird. Land und Kommunen haben hier mit komplementärer Finanzierung vielen Behinderten im Land mit großem Erfolg ein selbständiges Wohnen ermöglicht. Gleichzeitig ist darauf zu achten, daß älter werdende Behinderte in den Einrichtungen der Behindertenhilfe weiterhin wohnen und leben können, auch wenn sie einer Erwerbsarbeit nicht mehr nachgehen können.

Sind Hilfeangebote in den Kommunen noch unzureichend ausgebildet, kann zum Zwecke der Enthospitalisierung für eine angemessene Frist auch vom Land die Hilfe im Bereich des örtlichen Kostenträgers der Sozialhilfe finanziert werden, wenn weitere langjährige stationäre Hilfen damit erübrigt werden.

### Sucht- und Drogenpolitik: **Hilfe** vor Strafe

Die moderne, abgestufte und therapeutisch ausdifferenzierte Drogenpolitik werden wir nach dem Grundsatz Hilfe vor Strafe fortführen. Dazu gehören niederschwellige Angebote ebenso wie das landesweite Netz der Beratungsstellen und das Substitutionsprogramm mit psychosozialer Begleitung.

### Zukunft der Krankenhausversorgung

Zur Zukunft der Krankenhausversorgung in Niedersachsen hat die SPD eine klare Leitvorstellung: Nur durch eine stärkere Verzahnung und Integration ambulanter und stationärer Maßnahmen kann Qualität und Humanität der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung auch in Zukunft verbessert werden. Wir wollen Krankenhäuser bedarfsabhängig an der ambulanten Versorgung beteiligen, um hierdurch die Zukunft der Krankenhäuser als Gesundheitszentren in der Region sicherzustellen.

Im Gegensatz hierzu haben die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen durch eine unüberschaubare und überhastete Gesetzesflut im Bereich der Krankenhausversorgung erhebliche Finanzprobleme bei den Krankenhäusern ausgelöst. Die für die Krankenhäuser ruinösen Bundesgesetze führen zu unkontrollierten Schließungen bzw. Existenzproblemen von Krankenhäusern insbesondere im ländlichen Raum. Dieser Politik des Bundes muß weiterhin entschieden Widerstand entgegengebracht werden.

#### Psychiatriereform **vorangebracht**

Die SPD-Landtagsfraktion hat das Gesetz über Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen (PsychKG) novelliert. In Niedersachsen ist es nun notwendig, für die psychiatrischen ambulanten Angebote in den Kommunen eine regelmäßige Planung vorzunehmen. Die verschiedenen Anbieter haben in einem Verbund zusammenzuarbeiten. Um diese Basisarbeiten zu erstellen, stellt das Land die dafür erforderlichen Mittel bereit. Durch dieses Gesetz wird in Niedersachsen eine moderne sozial-psychiatrische Infrastruktur entstehen.

#### **Selbsthilfe** stärken

Zur niedersächsischen Sozialkultur gehört es, daß sich in vielen Gruppen Gleichgesinnte organisiert haben und sich selbst helfen. Selbsthilfe kann Vorbeugung sein, wenn es darum geht, Krankheiten zu vermeiden. Selbsthilfe kann aber ebenso Vorbeugung sein für chronisch Kranke und Behinderte. Und Selbsthilfe führt oft Menschen zusammen, die vom selben Schicksal betroffen sind und gemeinsam neuen Lebensmut entwickeln.

Die niedersächsische SPD wird die Selbsthilfeorganisationen weiterhin fördern. Dazu gehört auch ein Netz von Kontakt- und Beratungsstellen für die vielen Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeinitiativen in unserem Land. Wir unterstützen weiterhin die emanzipatorische Arbeit der Lesben und Schwulen und ihrer Organisationen in Niedersachsen. Wir treten für die Beseitigung von Diskriminierungen und Benachteiligungen ein. Die niedersächsische SPD wird sich im Bundesrat weiter dafür einsetzen, daß gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften durch den Staat gewürdigt werden.

#### Kunst und Kultur sind **für alle** da

Kunst und Kultur sind Lebensqualität. Lebensqualität ist für alle da. Wir fördern Opernhäuser ebenso wie Rock- und Jazzmusik, große Museen ebenso wie kleine Jugendkunstschulen, Heimatvereine ebenso wie multikulturelle Zentren, die niederdeutsche Sprache ebenso wie Film- und Medienkunstfestivals, öffentliche Bibliotheken ebenso wie Kunstvereine und soziokulturelle Projekte. Wir wissen: Kultur läßt sich nicht vorschreiben. Kultur läßt sich nicht von oben verordnen. Wir wollen mit unserer Kulturförderung die Kreativität freisetzen, die überall in unserem Land vorhanden ist.

Auch wenn die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur für uns Vorrang hat, sind viele Mitbürgerinnen und Mitbürger bereit und wirtschaftlich in der Lage, als Spender, Sponsoren oder Stifter Geld für kulturelle Zwecke einzusetzen, mit denen sie sich persönlich identifizieren. Wir wollen dieses mögliche kulturelle Engagement stärker als bisher für die Gestaltung und Finanzierung von Kulturprojekten und -einrichtungen nutzbar machen.

Kunst und Kultur schaffen Identität. Sie bilden den Humus, auf dem eine offene Gesellschaft gedeiht. Eine Gesellschaft, die den kritischen Blick von Künstlerinnen und Künstlern nicht erträgt, hat keine Zukunft. Und ein kulturferner Wirtschaftsstandort ist nicht konkurrenzfähig. Denn Kulturangebote spielen eine immer entscheidendere Rolle bei Standortentscheidungen der Wirtschaft und bestimmen maßgeblich die Attraktivität für den Fremdenverkehr.

Vor, während und nach der EXPO 2000 werden Niedersachsen und seine Kulturschaffenden zeigen, daß dieses Land auch kulturell ein interessanter Gastgeber ist, der für Besucher und Besucherinnen aus aller Welt viel zu bieten hat. Neben den zur EXPO realisierten kulturellen Highlights muß dabei die lebendige Vielfalt der vielen kleinen und mittleren Initiativen, Theater und der anderen Kulturangebote Niedersachsens treten.

Kunst und Kultur stehen wie alle anderen Bereiche auch unter dem Zwang finanzieller Sparsamkeit. Dennoch sind gerade jetzt neue Theater und neue Museen in unserem Land entstanden. Kultur braucht Räume. Unsere Kulturförderung trägt zur Schaffung von Kulturstätten bei. Mit dem Ausbau der Kunsthalle in Emden und des Roemer-Pelizaeus-Museums in Hildesheim, mit den Theaterrenovierungen in Hildesheim, Lüneburg und Osnabrück, mit den Theaterneubauten in Oldenburg und Braunschweig ist das kulturelle Angebot in unserem Land noch attraktiver geworden.

Kunst und Kultur kennen keine Grenzen. Wir werden künftig verstärkt internationale Aktivitäten im kulturellen Bereich fördern. Das Zusammenwachsen der Nationen in Europa wird nur gelingen, wenn der kulturelle Austausch lebt. Hierfür bietet insbesondere die Weltausstellung EXPO 2000 eine große Chance.

### **Sport** in Niedersachsen

Sport ist die beliebteste Freizeitbeschäftigung. Sport macht Spaß. Sport fördert die Gesundheit. Sport fördert die soziale Integration. Sport fördert Toleranz und Verständigung. All diese Aspekte des Sports haben wir in der Landesregierung gestärkt und werden sie in der bewährten partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Sportverbänden weiter stärken.

Wir haben durch das neue Lotteriegesetz die finanzielle Förderung des Sports in Niedersachsen verbessert. Der Landessportbund erhält einen Rechtsanspruch auf einen festgelegten Anteil aus den Lotterierlösen. Dadurch erhalten die Sportfachverbände mehr Planungssicherheit. Dadurch wird die ehrenamtliche Arbeit im Sport gestärkt.

# 10. Niedersachsen in Europa und der Welt

Der europäische Einigungsprozeß hat in den vergangenen 40 Jahren maßgeblich zur Friedenssicherung und demokratischen Stabilität beigetragen, das Wachstum der Volkswirtschaften gefördert und damit auch den Wohlstand der Menschen in Niedersachsen vermehrt.

Darüber hinaus hat der europäische Einigungsprozeß durch den Ausbau der Freizügigkeit und durch die Vertiefung kultureller Kontakte für viele Niedersachsen eine Verbesserung ihrer persönlichen Lebensqualität zur Folge gehabt. Und nicht zu vergessen: Die Europäische Union hat auch viel Geld ins Land gebracht. Besonders die ländlichen Regionen in Niedersachsen haben hier von profitiert.

So setzen wir in Niedersachsen das NOW-Programm (New Opportunities for Women) um. Im Rahmen dieses EU-Programms der Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung werden modellhafte und innovative Projekte gefördert, die die Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zum Ziel haben. Dazu gehören Projekte, die neue Berufsfelder erschließen, Frauen verstärkt an zukunftsorientierten Berufen beteiligen und die berufliche Qualifizierung oder berufliche Selbständigkeit von Frauen fördern.

44

## **Erweiterung** der Europäischen Union

Für die nächste Zukunft steht Europa vor großen und vielfältigen Herausforderungen: Die mittel- und osteuropäischen Länder müssen integriert und die Finanzen der Europäischen Union müssen neu geordnet werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung muß eine verstärkte Zusammenarbeit Europas erreicht werden. Viele Menschen sind über das Tempo und das Ausmaß der anstehenden Veränderungen besorgt, sie sind beunruhigt und verunsichert, nicht wenige fühlen sich überfordert.

Dennoch muß die Weiterentwicklung der europäischen Integration Schritt für Schritt eingeleitet und umgesetzt werden. In einer Welt der Internationalisierung und Globalisierung ist der Rückfall in nationale Alleingänge die falsche Antwort. Die Bundesrepublik ist nicht in der Lage, alle Probleme in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft allein zu schultern. Und ein einzelnes Bundesland wie Niedersachsen erst recht nicht. Deswegen gibt es für uns keine Alternative zum weiteren europäischen Einigungsprozeß.

Wir werden uns einmischen in die Reform der Institutionen der Europäischen Union, weil wir es ernst meinen mit der Erweiterung der Union. Von Niedersachsen sind bereits Impulse für den Einigungsprozeß ausgegangen.

Wir brauchen unsere Partner in Europa ebenso wie auch die anderen Länder in Europa auf ein solidarisches Deutschland angewiesen sind. Gerade das vereinte Europa bietet die einmalige Chance für innovative und umweltverträgliche Lösungen unserer Zukunftsprobleme.

## Europa **der Regionen**

Unser Leitbild bleibt das Europa der Regionen. Für uns gilt dabei das Subsidiaritätsprinzip. Alles, was vor Ort geregelt werden kann, soll auch dort entschieden werden. Wir wollen ein handlungsfähiges Europa, in dem bürgernah in den Regionen die Belange der Menschen beachtet werden.

Aber Niedersachsen hat nicht nur Partner in Europa, sondern in allen Teilen der Welt. Und das ist gut so, denn ein Land, das im Jahr 2000 die Weltausstellung EXPO „Mensch, Natur, Technik“ ausrichtet, hat weltweite Verpflichtungen. Deshalb arbeiten wir verstärkt mit osteuropäischen Partnerregionen in Wroclaw und Poznan, in Perm, Tjumen und Omsk zusammen. Über zahlreiche Projekte bringen wir Niedersachsen, Polen und Russen zusammen. Wir fördern damit die Wirtschaftsentwicklung, Völkerverständigung, Handel und Frieden.

Und schließlich haben wir Niedersachsen eine soziale und humane Verpflichtung gegenüber armen Regionen dieser Welt. Wir helfen in Eritrea und haben eine neue Partnerschaft mit der südafrikanischen Provinz „Ostkap“. Die niedersächsische SPD wird diese internationalen Beziehungen auch in Zukunft pflegen. Denn mit unserer Unterstützung, mit unserem Wissen und unserem Personal, das wir ihnen zur Verfügung stellen, können und wollen wir unseren Partnern helfen, ihren eigenen Weg zu finden. „Hilfe zur Selbsthilfe“ – unter diesem Motto wird Niedersachsen auch in Zukunft ein verlässlicher Partner für unsere internationalen Freunde sein.

## Entwicklungszusammenarbeit

Mit der Konferenz von Rio hat ein weltweiter Prozeß internationaler Solidarität eingesetzt. Die vom Rio-Gipfel geforderte nachhaltige Entwicklungspolitik fängt „zu Hause“ an. Wir in Niedersachsen setzen auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Land, Kommunen und den entwicklungspolitischen Organisationen. Mit dem Verein für Entwicklungszusammenarbeit haben wir eine Institution, die seit Jahren beispielhaft für die „Eine-Welt-Politik“ steht, die sich zunehmend unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“ durchsetzt. Die entwicklungspolitischen Organisationen sollen die Grundsätze des Agenda 21-Prozesses in die Vorbereitung der Weltausstellung EXPO 2000 einbringen können.

# 11.

## Niedersachsen: seine Menschen und seine Regeln

Seit 1990 liegt Niedersachsen im Herzen Europas. Diese neue Lage bringt Chancen und Herausforderungen zugleich.

### Die EXPO **kommt**

Im Jahr 2000 rücken Deutschland, Niedersachsen, die Region und die Landeshauptstadt Hannover in das Zentrum weltweiten Interesses. Unter dem Motto „Mensch, Natur, Technik“ werden wir als Gastgeber für Millionen Menschen aus aller Welt auch unser Niedersachsen, seine Regionen, seine Menschen und unsere gemeinsamen Leistungen vorstellen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für die EXPO. In Niedersachsen haben wir die Weichen für die Weltausstellung auf Erfolg gestellt. Schon in der Vorbereitungsphase bedeutet die EXPO tausende zusätzlicher Arbeitsplätze beim Bau der Verkehrsinfrastruktur, neuen Wohnungen und im Dienstleistungsbereich.

Im Jahr 2000 – während der Ausstellung – wird sich die Wirtschaftsregion Hannover mit einem noch attraktiveren und noch leistungsfähigerem Flughafen für das internationale Publikum präsentieren. Während der Weltausstellung finden Menschen Arbeit, gewinnt Niedersachsen Kaufkraft und wird Zentrum eines weltweiten Dialoges um Lösungsstrategien für das neue Jahrtausend.

Nach der Weltausstellung werden Niedersachsen und die Regionen von dem Schub profitieren, den die auf „Nachnutzung“ angelegten Investitionen in das schienengebundene Nah- und Fernverkehrssystem, den Ausbau des Messestandortes, die Aufwertung des Kronsbergs und die durch dezentrale Projekte in zahlreichen Regionen gegebenen Impulse auslösen.

Am Beispiel EXPO wird deutlich, wie wir in Niedersachsen konstruktiv aber nicht unkritisch Zukunftsprojekte entwickeln und realisieren. Den Kritikern und Besserwissern halten wir entgegen: Wer nachhaltige Politik im Sinne der Agenda 21 wirklich will, muß die EXPO als einmalige Chance für lokale, regionale und globale Projekte nutzen!

Den vielen internationalen Besucherinnen und Besuchern wird sich Niedersachsen präsentieren wie es ist: Stark, zukunftsorientiert und als ein Land mit vielen Gesichtern.

Wir von der SPD halten daran fest: Politik in einem Flächenland mit fast acht Millionen Menschen, mit Küste und Waterkant im Norden, Harz und Heide, benachbarten Bundesländern, europäischen Grenzregionen, Ballungsgebieten und dem ländlichen Raum kann nicht über „einen Leisten geschlagen“ werden.

Niedersachsen ist ein Land mit großer Vielfalt – regional, kulturell und historisch. Diese Vielfalt wollen wir bewahren. Dabei kommt insbesondere den Medien eine herausragende Bedeutung zu. Medien sind für eine Demokratie unverzichtbar. Die Informationsfreiheit gehört zu den wichtigsten demokratischen Errungenschaften. Presse- und Meinungsfreiheit sind für uns unantastbar. Wir haben den Einfluß der Parteien auf den Rundfunk zurückgedrängt und die innere Rundfunkfreiheit gestärkt. Wir bekennen uns zum gebührenfinanzierten System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zum Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanbietern. Wir setzen uns für eine Stärkung des Medien- und Produktionsstandortes Niedersachsen ein. Informationsfreiheit ist ohne Informationsvielfalt undenkbar. Darum haben wir mit der Änderung des Landesrundfunkgesetzes Modellprojekte für nichtkommerziellen Lokalfunk und für Offene Kanäle ermöglicht.

### **Ländlicher Raum:** Entwicklungschancen **nutzen**

Niedersachsen ist ein Land mit Weite und viel Raum für innovative Politik. Viel mehr als in der Vergangenheit gewinnen natürliche Ressourcen und intakte Landschaften an Bedeutung. Der ländliche Raum holt auf. In Niedersachsen prägen der Agrar- und Ernährungssektor ganze Wirtschaftsregionen. 20 Prozent aller Erwerbstätigen sind in diesen eng miteinander verflochtenen Wirtschaftsbereichen beschäftigt. Nur in der Autoindustrie finden in Niedersachsen mehr Menschen Arbeit.

### **Leistungsfähige** Landwirtschaft

Die Landwirtschaft in Niedersachsen ist leistungsfähig. Bei der Bruttowertschöpfung liegt sie im Ländervergleich deutlich an der Spitze. Die Produktivität unserer heimischen Landwirtschaft ist so hoch, daß über die Hälfte der erzeugten Lebensmittel außerhalb des Landes vermarktet werden. Doch diese günstige Ausgangssituation darf nicht darüber hinweg täuschen, daß die niedersächsische Landwirtschaft wegen der Veränderungen im Welthandel und in der Europäischen Union unter großem Anpassungsdruck steht.

Für die niedersächsische SPD bleibt es Ziel der Agrarpolitik, die vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten der bäuerlichen Betriebe zu fördern. Bäuerliche Betriebe sollen sich gegen industrielle Agrarfabriken und im härter werdenden Wettbewerb behaupten können. Die dafür notwendigen Instrumente haben wir in Niedersachsen entwickelt und werden sie weiter ausbauen.

Eine hohe Bedeutung zur Existenzsicherung bäuerlicher Betriebe hat für uns die einzelbetriebliche Investitionsförderung. Hinzu kommen eine bessere Organisation des Absatzes, neue Vermarktungsstrategien und ein Qualitätssicherungssystem für die in Niedersachsen erzeugten landwirtschaftlichen Produkte. Für uns ist aber ebenso klar, daß der Agrarstandort Niedersachsen nur dann eine Zukunft haben wird, wenn Verbraucherinteressen und der Natur- und Umweltschutz ausreichend berücksichtigt werden.

Für die Menschen in unserem Land gewinnt aber auch die Beachtung ethischer Grundsätze in der Tierhaltung immer mehr an Bedeutung. Informationen aus der Intensiv- bzw. Massentierhaltung, über Hormon- und Fütterungsskandale sowie über grausame Tiertransporte haben die gesellschaftliche Akzeptanz der Verbraucherinnen und Verbraucher für heimische Erzeugnisse auch in

# 11. Niedersachsen

Niedersachsen infrage gestellt. Die Landesregierung fördert seit langem tierfreundliche Haltungssysteme auf allen Ebenen. Sie hat umfassende Anforderungen an die Dauer und die Durchführung von Tiertransporten erarbeitet und deren Durchsetzung vorangetrieben. Sie war und ist in Tierschutzfragen auf der Bundes- und europäischen Ebene aktiv und wird diesen Weg konsequent fortsetzen – unterstützt von den Tierschutz- und Verbraucherorganisationen unseres Landes sowie vom Tierschutzbeirat, vom Tierschutzdienst des Landes und seit Ende 1996 vom ersten niedersächsischen Landestierschutzbeauftragten.

Ohne umfassende Produktqualität wird die niedersächsische Landwirtschaft ihre hervorragende Marktstellung nur schwer behaupten können. Darum werden wir mit unserer Agrarpolitik die Produktion von natürlichen und gesunden Lebensmitteln, das umweltgerechte und nachhaltige Wirtschaften und die artgerechte Tierhaltung stärken.

## **Informierte Verbraucher bestimmen** Produktqualität

Wir wollen die Verbraucherinformation und die Verbraucherberatung künftig noch stärker als Instrument einsetzen, um positive Effekte auch für die Landwirtschaft zu erreichen. Die Kunden müssen wissen, was sie kaufen. Deshalb sind wir für die Kennzeichnungspflicht genveränderter Produkte und Transparenz bei den Warenströmen.

Eine intakte Landwirtschaft und gesunde bäuerliche Betriebe sind für uns Voraussetzung für die Qualität der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. Der Beitrag der Landwirtschaft reicht von der Arbeitsplatzsicherung bis zur Pflege der ländlichen Kulturlandschaft.

## **Tourismus** in Niedersachsen

Aber die Entwicklung des ländlichen Raums hängt längst nicht mehr ausschließlich von der Landwirtschaft ab. Deswegen werden wir unsere Programme zur Dorferneuerung fortsetzen. Wir werden die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Funktion unserer Dörfer und Städte sichern und ausbauen. Wir werden den Erholungs- und Erlebniswert typischer niedersächsischer Landschaften erhalten und verbessern. Wir werden die Entwicklungschancen durch Tourismusangebote im ländlichen Raum unterstützen. Gerade im Tourismus und Fremdenverkehr eröffnen sich für bäuerliche Betriebe zusätzliche Erwerbs- und Einkunftsmöglichkeiten.

Der Tourismus leistet insgesamt einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaftskraft des Landes. Wir werden die Chancen dieses bedeutenden Wirtschaftsbereiches weiter nutzen. Hierfür bietet Niedersachsen mit seiner abwechslungsreichen Landschaftsstruktur und seiner Vielfalt an historischen Städten die besten Voraussetzungen. Wir werden in der Tourismusförderung des Landes künftig regionale Schwerpunkte setzen. Die Verpflichtung zu einem nachhaltigen Tourismus hat für uns Priorität. Wir werden in den Fremdenverkehrsregionen des Landes Projekte zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität und der regionalen Kooperation ebenso unterstützen wie die Entwicklung eines modernen Tourismusmarketing.

Ländlicher Raum und Teilhabe am Strukturwandel sind kein Gegensatz. Die moderne Kommunikationsnetze und Technologien schaffen in Niedersachsen auch für periphere Regionen verbesserte Entwicklungschancen. Ländlicher Raum ist mehr als

Landwirtschaft. Wie wir sehen viele – auch Unternehmen – im ländlichen Raum Entwicklungspotentiale, die klassische Standortnachteile mehr und mehr ausgleichen können. Die Kommunalen Spitzenverbände haben mit ihrem Positionspapier zur „Entwicklung ländlicher Räume“ schlüssige Handlungsstrategien vorgelegt. Ganz im Sinne unserer Politik tritt neben die Verantwortung für eine gesunde Landwirtschaft, Veredelungs- und Ernährungswirtschaft und Verbraucherpolitik die politische Verantwortung für die Zukunftsgestaltung der ländlich geprägten Regionen insgesamt.

## **Faire Partnerschaft** zwischen Kommunen und Land

Es gibt keine Alternative zu einer fairen Partnerschaft zwischen dem Land Niedersachsen und seinen Kommunen. Tatsache ist, daß die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen auch die Kommunen trifft. Die Haushalte der Kommunen werden seit der deutschen Vereinigung von verschiedenen Seiten in die Zange genommen: Den Vereinigungslasten, den Kosten für Sozialhilfe, der Steuerpolitik des Bundes und seiner Politik der Aufgabenverlagerung sowie der Finanzschwäche des Landes, das nicht in der Lage ist, den Kommunen kurzfristig beizuspringen.

Die Landesregierung hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht gegenzusteuern. Gemeinden und Landkreise wurden und werden im Rahmen der Verwaltungsreform auch finanziell erheblich entlastet. Das Land hat sich verschuldet, um für Städte, Gemeinden und Landkreise in den Jahren 1996 bis 1998 insgesamt 1,5 Milliarden Mark investive Mittel bereitzustellen. Und das Land wird den Kommunen in drei Schritten zwischen 1999 und 2001 im Finanzausgleich wieder 500 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

In der Auseinandersetzung um die Steuerreform stellt sich die SPD schützend vor die Kommunen. Wir wollen die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung auf Dauer sichern. Deshalb wollen wir eine kommunale Finanzreform durchsetzen.

Vor Ort, nicht im Bund und auf Landesebene, wird Politik umgesetzt. In den Städten und Gemeinden erfahren die Menschen Politik ganz unmittelbar. Deshalb haben wir Sozialdemokraten die Niedersächsische Gemeindeordnung und Landkreisordnung novelliert. Wir haben mehr Demokratie gewagt. Ausländische Mitbürger und junge Menschen ab 16 haben das Wahlrecht erhalten. Darin sehen wir einen wichtigen Baustein für mehr Integration und Teilhabe in der Politik. In den Gemeinden, in den Bildungseinrichtungen, in den Wohnquartieren und am Arbeitsplatz werden sich Toleranz und Integrationsbereitschaft immer wieder aufs Neue bewähren müssen. Die bundesrechtlich vorgegebenen Asylverfahrensänderungen werden wir so umsetzen, daß politisch Verfolgte auch weiterhin in Sicherheit bei uns leben können. Wir wollen eine humane Unterbringung, ohne die Kommunen zu überfordern. Der Grundsatz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ bleibt für die niedersächsische SPD Verpflichtung. Wir geben Ausländerfeindlichkeit und Gegnern der Demokratie keine Chance.

Regionale **Zusammenarbeit** bringt Standortvorteile

Inzwischen treiben die wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und die Politik regionale Zusammenarbeit voran. Verkehrspolitik, gemeinsame Abfallplanung, Wirtschaftsförderung und Regionalplanung werden neben ganz praktischen Kooperationsmodellen im berufsbildenden Schulwesen oder in der Krankenhausplanung entwickelt. Die SPD fördert die regionale Zusammenarbeit, weil sie nicht nur unter wirtschafts- und standortpolitischen Überlegungen Vorteile bringt. Sinnvoll angelegte Regionalplanung nimmt Rücksicht auf die Menschen und ihre regionalen Bindungen und Interessen.

Die Regionalverbände (Kommunalverband Großraum Hannover, Zweckverband Großraum Braunschweig, Zweckverband Bremen/Niedersachsen) werden weiterentwickelt.

Bis zum Jahr 2001 wird eine neue Gebietskörperschaft „Region Hannover“ geschaffen als Rechtsnachfolgerin von Kommunalverband und Landkreis Hannover. Sie wird vor allem regional bedeutsame Selbstverwaltungsaufgaben wahrnehmen im Bereich der Berufsbildenden Schulen, des Krankenhaus- und Rettungswesen, der Abfallwirtschaft, der Regionalplanung, der Wirtschaftsförderung, des ÖPNV, des überörtlichen Straßennetzes und der Naherholung. Zusätzlich wird die Verlagerung erstinstanzlicher Aufgaben vor der Bezirksregierung auf die Region z. B. in der Landesplanung, im Naturschutz und in der Wasserwirtschaft geprüft. Generell gilt dabei, daß so viele Aufgaben wie möglich auch weiterhin bürgernah auf der gemeindlichen Ebene wahrgenommen werden und so viele Aufgaben wie nötig auf der Ebene der Region. Neben eine direkt zu wählende Regionalversammlung tritt als Vertretung der Städte und Gemeinden ein Regionalrat. Die bisherige Finanzverteilung im Land Niedersachsen bleibt davon unberührt.

50

Perspektiven **für die** Küste

Die SPD in Niedersachsen hat bewiesen, daß sie die Küste mit den Folgen des Strukturwandels, aber auch mit dem Ausgleich zwischen Natur- und Umweltschutz einerseits und Arbeitsplatz- und Wirtschaftsinteressen andererseits nicht allein läßt.

Die Küste braucht sichere Deiche, die Werftindustrie benötigt verlässliche Rahmenbedingungen und die Häfen brauchen zukunftsorientierte Standortperspektiven. Sie sind zu einer Verbundwirtschaft auszubauen. Die Anbindung der Küste an das Hinterland – ob zu Wasser, mit der Bahn oder auf der Straße – stärkt die jeweilige Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Häfen. Wir wollen ein arbeitsteiliges und konkurrenzfähiges Häfenkonzept, das partnerschaftlich mit Export- und Importbranchen attraktive Seehäfen bietet.

Deichbau **schaftt Sicherheit**

Die Menschen an der Küste wollen in Sicherheit leben. Sie vor dem „Blanken Hans“ zu schützen, ist und bleibt eine der großen Gemeinschaftsaufgaben in Deutschland. Deichbau und Hochwasserschutz schaffen erst die Voraussetzungen für Wohnen, Arbeiten und Erholen am Meer. Der Nationalpark Wattenmeer beweist, daß Schutzinteressen der Menschen und Belange der Natur fair ausbalanciert werden können – zum Vorteil aller Beteiligten.

# Nur Reformpolitik sichert solide Finanzen

# 12.

Niedersachsen ist seit seiner Gründung vor 50 Jahren ein finanzschwaches Land. Diese Finanzschwäche wurde auch durch den Länderfinanzausgleich niemals vollständig ausgeglichen.

Bereits bis in die siebziger Jahre hinein war häufig eine erhebliche Nettoneuverschuldung notwendig, um den Niedersachsen annähernd gleiche Lebensbedingungen im Vergleich zu Bürgern anderer Bundesländer zu sichern. Aber zwischen 1976 und 1984 explodierte die Schuldenentwicklung geradezu. Vor mittlerweile 20 Jahren also, die CDU hatte in Niedersachsen die Regierungsverantwortung übernommen, wurden die Grundlagen für alle heutigen Finanzprobleme gelegt.

Auch heute erhält Niedersachsen noch Mittel aus dem Länderfinanzausgleich. Doch die Summen sind immer geringer geworden und haben bis 1996 beständig abgenommen. Und gleichzeitig müssen wir Jahr für Jahr bis zu vier Milliarden Mark für die Kosten der deutschen Einheit aufbringen. Damit nicht genug: Gewaltige Einbrüche und riesige Verluste bei den Steuereinnahmen haben alle öffentlichen Haushalte getroffen. Auch Niedersachsen blieb davon nicht verschont.

## **Einbrüche** bei Steuereinnahmen

So sagten bei der Steuerprognose 1992 die Steuerschätzer für Niedersachsen für das Jahr 1996 noch rund sechs Milliarden Mark mehr Steuereinnahmen voraus als tatsächlich eingingen. Das Märchen von gewaltigen Steuererhöhungen für Niedersachsen seit der Deutschen Einheit hat leider nicht stattgefunden. Zu den Einnahmen des Landes Niedersachsen stellte die Finanzwissenschaftlerin Professor Dr. Gisela Färber vor dem Landkreistag fest: „Zwischen 1992 und 1995 stiegen die Einnahmen des Landes Niedersachsen aus Steuer, Finanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen gerade einmal von 26,0 auf 26,9 Milliarden Mark um 3,3 Prozent.“ Und: „Die finanzpolitischen Probleme des Landes Niedersachsen liegen in erster Linie in der Einnahmeentwicklung, auf die das Land ... keinen Einfluß besitzt. Insofern sind Vorwürfe, die niedersächsischen Probleme seien „hausgemacht“, ausdrücklich zurückzuweisen.“

Trotzdem haben wir den Landeshaushalt 1996 in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen, also ohne Fehlbetrag, abgeschlossen. Ein Erfolg unserer frühzeitigen und konsequenten Sparpolitik. Dagegen klaffen im Bundeshaushalt gigantische Löcher. Im Jahr 1996 mußte Bundesfinanzminister Theo Waigel seine Nettokreditaufnahme um fast 19 Milliarden Mark auf 77 Milliarden Mark erhöhen.

## 12. Nur Reformpolitik sichert solide Finanzen

### Steuerrecht reformieren

Ziel der Steuerreform muß es sein, daß Steuerrecht zu vereinfachen, Steuergerechtigkeit durchzusetzen und Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Steuerschlupflöcher auch innerhalb Europas müssen gestopft werden. Die soziale Ausgewogenheit des Steuerrechts muß wieder hergestellt werden. Wir wollen Wachstum und Beschäftigung fördern. Wir werden den Faktor Arbeit entlasten und echte Unternehmertätigkeit wieder attraktiv machen. Die Kaufkraft der Familien und Beschäftigten muß durch eine Steuerentlastung nachhaltig gestärkt werden. Die Steuerreform darf keine neuen Löcher in die öffentlichen Kassen reißen.

Um Fortschritte bei der Energieeinsparung und im Umweltschutz zu erreichen, denken wir an eine stärkere Besteuerung der Ressourcen. Der Grundgedanke besteht in der Überlegung, die Steuer- und Abgabenlast vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umwelt zu verlagern.

Wir müssen registrieren: Das Wachstum der Steuereinnahmen hat sich vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt. Ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt bedeutet nicht gleichzeitig auch höhere Steuereinnahmen. Dieses Problem hat Bund, Länder und alle Kommunen fest im Griff. Steuerausfälle führen zu riesigen Haushaltslöchern. Steuerausfälle sind aber keinesfalls die Folge von unabänderlichen Naturgesetzen. Sie sind in Deutschland ganz wesentlich die Folge einer falschen und sozial ungerechten Steuerpolitik durch die Bundesregierung, die Steuerhinterziehung als Kavaliersdelikt behandelt, die Steuerflucht nicht wirksam bekämpft und immer wieder Steuergeschenke für Vermögende verteilt.

Auf der anderen Seite sind die Ausgabenblöcke in den Länderhaushalten kaum beeinflussbar. Über 90 Prozent der Einnahmen sind gesetzlich oder vertraglich gebunden. Und diese rechtlich festgelegten Ausgaben sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Ein großer Brocken sind sicherlich die Personalausgaben. Über 40 Prozent der Ausgaben der Länder entfallen auf Personalkosten. Dies ist auch in Niedersachsen nicht anders. Dafür beschäftigen wir in den Schulen rund 72.000 Personen, bei der Polizei knapp 23.000 Personen, fast 26.000 Personen in den Hochschulen und Universitätskliniken, mehr als 5.000 Personen in den Landeskrankenhäusern und etwa 16.000 Personen in der Justiz und im Strafvollzug.

### Konsequente Sparpolitik

Finanzprobleme in einem nicht geahnten Ausmaß mußte die Regierung von Gerhard Schröder bewältigen. Sie waren vor 1994 in dem tatsächlichen Umfang überhaupt nicht absehbar. Wir haben mit unserer Finanzpolitik darauf reagiert. Wir haben Ausgaben gekürzt, wir haben Ausgaben gestrichen, wir haben Landesbeteiligungen verkauft. Ausgewogenheit, soziale Verantwortung und Gerechtigkeit sind dabei für uns Sozialdemokraten Grundlage unseres Handelns.

Wir wissen: Nur Reformen helfen in einer solchen Situation weiter. Nur Innovationen schaffen Potentiale für mehr Effizienz, nur Innovationen führen zu Einsparungen und eröffnen damit den

Spielraum für wichtige politische Aufgaben wie Bildung, Kindergärten, Arbeitsmarktprogramme und Wirtschaftsförderung. Darum haben wir die Modernisierung der Verwaltung mit Nachdruck in Gang gesetzt.

Politik muß **machbar** und **finanzierbar** sein

Die SPD in Niedersachsen hat sich früher als andere Bundesländer den Realitäten gestellt und die Finanzpolitik umgesteuert. Dennoch: Die Konsolidierung unserer Finanzen muß weitergehen. Darum sagen wir noch deutlicher als 1994: Alles, was wir uns in den nächsten fünf Jahren vornehmen wollen, steht unter dem Vorbehalt der finanziellen Machbarkeit. Wir werden unsere Politik strikt danach ausrichten, was machbar und finanzierbar ist.

Wer mehr will, muß sagen, wie er es bezahlen will oder was statt dessen nicht mehr finanziert werden soll. Wir können nicht garantieren, daß das Land Niedersachsen sich auch zukünftig alle übernommenen Aufgaben leisten kann.

Unser Land muß sich den rasanten Veränderungen in dieser Welt anpassen, nur so sichern wir unsere Zukunft. Ebenso wichtig für die Zukunftssicherung aber ist die Fortsetzung einer verantwortungsbewußten Haushaltspolitik, die nicht schon heute das Geld unserer Kinder ausgibt, die nicht verspricht, was nicht gehalten werden kann.

Das eine geht nicht ohne das andere: Reformen verwirklichen und solide Haushaltspolitik betreiben. Wir werden wie in den vergangenen Jahre beide Aufgaben erfolgreich lösen: Solidarisch, gerecht und verantwortungsbewußt.

